

Treffen Di Tella-Cook in New York

Die Außenminister attestierten ein „günstiges politisches Klima“

Der argentinische Außenminister Guido Di Tella und sein britischer Amtskollege Robin Cook haben sich am Mittwoch nach einer Unterredung in der Zentrale der Vereinten Nationen (UN) in New York optimistisch gezeigt, die Diskussion über die Wiederaufnahme der Flüge von Argentinien nach den Malwinen erneut aufzugreifen. Wie beide Seiten nach dem dritten Gespräch innerhalb weniger Tage attestierten, herrsche derzeit ein „günstiges

politisches Klima“ für die Wiederaufnahme der Gespräche. „Wir haben 80 Prozent der Torte fertig“, erklärte Di Tella hinsichtlich der Flüge. Der Sprecher des Foreign Office, Andrew Lloyd, versicherte, es sei ein gutes Gespräch gewesen. Man erwarte jetzt Unterredungen mit den Kelpers.

Die Treffen zwischen Di Tella und Cook und das Treffen von Präsident Carlos Menem - Cook am Rande des EU-Treffens mit den 33 Staaten Lateinamerikas und der Karibik am Montag in Rio de Janeiro sind Teil der Bemühungen der Regierungen in

Buenos Aires und London zur Aufweichung der starren Haltung der Kelpers. Gemäß Di Tella gebe es mehrere mögliche argentinische Flughäfen als Ausgangspunkt für die heute noch hypothetische Luftbrücke zu den Malwinen. Neben Buenos Aires seien dies Río Gallegos und Comodoro Rivadavia.

„Wir glauben aber, daß ihnen (den Inselbewohnern) die Reise von Ezeiza aus nicht behagt. Sie gefällt ihnen nicht wegen der Gespenster der Vergangenheit“, erklärte Guido Di Tella. „Wo die Flüge herkommen, interessiert uns nicht und es ist keinesfalls

ausgeschlossen, daß die Flüge vom chilenischen Punta Arenas aus starten, im argentinischen Santa Cruz zwischenlanden, und dann nach den Malwinen weiterfliegen“, fügte der argentinische Außenminister hinzu.

Am Donnerstag wurden Guido Di Tella und eine Gruppe argentinischer Abgeordneter und Senatoren, die in den nächsten Wochen an einer Sitzung des UN-Komitees für Entkolonisierung teilnehmen, von UN-Generalsekretär Kofi Annan zu einem Gespräch über das Thema empfangen. Bei ihrem Auftreten in dem Komitee werden auch die Inselräte anwesend sein. Dabei will Argentinien sein Recht auf Souveränität, die Malwinen-Vertretung ihr Recht auf Selbstbestimmung geltend machen.

Sicherheitsrat für die Stadt

Die Stadt Buenos Aires bekommt ein Forum, in dem Strategien und Maßnahmen zur Bekämpfung der Kriminalität erarbeitet werden sollen. Am Donnerstag verabschiedete die Stadtlegislative die Schaffung des Consejo de Seguridad y Prevención del Delito (Rat für Sicherheit und Verhütung von Straftaten), eine Einrichtung, in dem Vertreter von Polizei, Justiz und der Bürger vertreten sind. Die Legislative kam überein, bei der Stadtregierung die Einreichung einer Vorlage für die Bildung eines Instituto de Política Criminal zu beantragen.

Dabei soll eine Technikergruppe, deren Mitglieder durch Ausschreibung ermittelt werden, dem Rat technische Unterstützung leisten. Obwohl das strittige Problem der Eingliederung der Bundespolizei in die Stadtkräfte noch nicht gelöst ist, soll der Rat noch in diesem Jahr seine Tätigkeit aufnehmen, wie aus gut unterrichteten Kreisen verlautete.

Clintons Genesungswünsche für Alfonsín

Der Ex-Präsident auf dem Weg der Besserung

Der Präsident der USA, Bill Clinton, hat in einem persönlichen Brief an den Ex-Präsidenten Raúl Alfonsín eine „umfassende und schnelle Genesung“ gewünscht. Das Schreiben wurde der Familie Alfonsíns am Mittwoch durch einen Mitarbeiter der US-Botschaft in Buenos Aires ausgehändigt.

Der Brief reiht sich in die Genesungswünsche zahlreicher internationaler Politiker, die Alfonsín in der vergangenen Woche anlässlich der Tagung der Sozialistischen Internationale (SI) in Buenos Aires besuchten, darunter der italienische Ministerpräsident Massimo D'Alema, der SI-Vorsitzende Pierre Mauroy und der spanische Sozialistenchef Felipe González.

Im Text des Clinton-Schreibens, das Ricardo Alfonsín, dem Sohn des Ex-Präsidenten übergeben wurde, heißt es: „Geehrter Herr Alfonsín, mit großer Besorgnis erhielt ich die Nachricht von Ihrem Autounfall und Ihrer Einlieferung ins Krankenhaus. In meinen Gedanken und Gebeten sind Sie präsent. ... Nehmen Sie im Namen Hillarys und des meinen unsere Wünsche für eine umfassende und schnelle Genesung entgegen. ... Bill Clinton“.

Alfonsín war vor zwei Wochen in Río Negro bei einem Autounfall schwer verletzt worden, als er sich zu Wahlkampfzwecken in der patagonischen Provinz aufgehalten hatte.

Er mußte mit Rippenbrüchen und Lungenquetschung ins Krankenhaus eingeliefert werden und befindet sich auch nach 14 Tagen im Hospital Italiano in Buenos Aires noch immer in stationärer Behandlung. Bis letzten Donnerstag wurde Alfonsín künstlich beatmet, dann unternahmen die Ärzte einen Luftröhrenschnitt, um die mechanische Atmung aussetzen zu können.

Miranda proklamiert

Die Wahlbehörde der Provinz Tucumán hat am Mittwoch den PJ-Nationalsenator Julio Miranda zum gewählten Gouverneur der Provinz Tucumán proklamiert. Entsprechend des Resultats der endgültigen Zählung, die 21 Tage dauerte und am Dienstag morgen beendet worden war, bekam Miranda bei der Wahl am 6. Juni 6.819 Stimmen (1,11 Prozent) mehr als der Fuerza Republicana-Kandidat Ricardo Bussi, der Sohn des aktuellen Gouverneurs Antonio Bussi. Insgesamt erreichte Miranda 35,46 Prozent der Stimmen. Während Bussi 34,35 Prozent bekam, landete der Allianz-Kandidat Rodolfo Campero mit 22,18 Prozent auf dem dritten Rang. Miranda wird am 30. Oktober sein Amt antreten.

Der Dritte Weg

Am Samstag der Vorwoche fanden sich mehrere Koryphäen des sogenannten Dritten Weges in Buenos Aires zu einer Tagung des Vorstandes der Sozialistischen Internationale ein. Massimo D'Alema, vormals Kommunist und jetzt Ministerpräsident Italiens, Pierre Mauroy, gewesener Premierminister Frankreichs und jetzt Vorsitzender der Sozialistischen Internationale, Felipe González, früherer Regierungspräsident Spaniens, Otmar Sschreiner, Bundesgeschäftsführer der SPD in Deutschland, Tomás Borge, früherer Innenminister der Sandinisten in Nicaragua, Tabaré Vázquez, Präsidentschaftskandidat in Uruguay, und Ricardo Lagos, kommender Staatschef in Chile, zollten dem verunglückten Expräsidenten Raúl Alfonsín im Krankenhaus ihr Mitgefühl und meldeten sich in den Medien zum Wort.

Alfonsín hatte seinerzeit seine UCR-Partei als Beobachter der Sozialistischen Internationale einschreiben lassen, zu der die argentinische Sozialistische Partei gehört, die wiederum Teil der Parteienallianz FREPASO und als solche Mitglied der oppositionellen Allianz ist. An Stelle von Alfonsín machte Präsidentschaftskandidat Fernando de la Rúa die Honneurs auf der Tagung.

„Der Dritte Weg“ wird auch Thema eines Seminars des argentinischen Bankenverbandes (ABA) in der kommenden Woche sein, allerdings mit der Fragestellung, ob es eine echte Alternative oder nur eine letzte Utopie des 20. Jahrhundert sei.

Diese Bezeichnung für eine Gesellschaftspolitik sozialdemokratischer Politiker in Europa und USA wurde vor wenigen Jahren geprägt, als Tony Blair in Grossbritannien seine als „New Labour“ umschriebenen Postulate der linkslastigen Arbeiterpartei vorschlug und die Wahlen mit bequemer Mehrheit gewann. Seither gilt Blair, der alte marxistischen Marotten verleugnete, insbesondere die Konfiskationen privaten Eigentums, als Vorsprecher des Dritten Weges, für den auch andere sozialdemokratische und sozialistische Regierungschefs in Europa wie Lionel Jospin, Premierminister Frankreichs in Kohabitation mit dem konservativen Präsidenten Jacques Chirac, und Gerhard Schröder, deutscher Kanzler, gut stehen. Dass US-Präsident Bill Clinton vielfach diesem politischen Stil zugeordnet wird, passt nicht immer in das Schema, abgesehen davon, dass er den konservativen Präsidenten George Bush ablöste.

Es erscheint keineswegs einfach, den Dritten Weg genau zu umschreiben. Vielfach wird dieser politische Stil in Gegnerschaft zu einem absoluten Kapitalismus gekennzeichnet, den es längst nicht mehr gibt. Im 19. Jahrhundert walteten extreme kapitalistische Verhältnisse in europäischen Industriestaaten, die zumal von den Deutschen Karl Marx und Friedrich Engels, hauptsächlich bezogen auf England, gegeißelt wurden und zum dialektischen Modell einer klassenlosen Gesellschaft führten, deren Tausch- und Produktionsmittel nicht mehr privat, sondern kollektiv gehalten und verwaltet werden würden. Mit diesem Modell, das in der Sowjetunion, China, Osteuropa, Nordkorea, Vietnam und Kuba in die Praxis umgesetzt wurde, ging die Konfiskation privaten Eigentums einher, gepaart mit mass-loser Gewalt, Ausschaltung des Rechtsstaates, Verfolgung der politischen Gegner und Knebelung der Meinungsfreiheit.

Im europäischen und amerikanischen Westen, einschliesslich Israel im Nahen Osten sowie in Ozeanien und sukzessive in einigen asiatischen und afrikanischen Ländern, entwickelte sich als Alternative zum absoluten Kapitalismus sowie zum kollektivistischen Sozialismus oder Kommunismus ein sozial gefärbtes Gesellschaftssystem, in dem die Volkserziehung, die Gesundheitspflege, das Alter und die Arbeitslosen geschützt wurden, die mit hohen Einkommenssteuern finanziert wurden. Niemandem war es eingefallen, dieses gemischte Gesellschaftssystem des Kapitalismus mit sozialem Antlitz als Dritten Weg zu kennzeichnen, obwohl es entschieden anders ist als der Kapitalismus des 19. und der Kommunismus des 20. Jahrhunderts.

Mit dem Dritten Weg ging es eigentlich darum, dass die europäischen Sozialdemokraten die Marktwirtschaft als ökonomisches Paradigma anerkennen, was sich auch nach und nach getan haben. In Deutschland geschah das schon 1959 mit dem Godesberger Programm der SPD. Gleichzeitig vertreten sie die soziale Seite der Gesellschaft, die längst durch zahllose Gesetze verankert ist. Eigentlich bemühen sich die modernen Sozialdemokraten des Dritten Weges um ausgeglichene Staatsfinanzen, siehe Maastricht mit den Fiskalaufgaben, die sozialdemokratische Politiker eingehalten haben, so dass die frühere Politik uferloser Besteuerung vermögender Bürger, vielfach gepaart mit indexierten Lohn- und Rentenzulagen sowie Geldschöpfung und Staatsverschuldung, offenbar als nicht mehr machbar gilt.

Die unsoziale Seite der Marktwirtschaft in Europa ist die hohe Arbeitslosigkeit, die auch Argentinien belastet. Diesbezüglich überraschte Tony Blair unlängst in Mailand auf einer Tagung sozialistischer Politiker mit der rhetorischen Frage, ob das US-System entschädigungsloser Entlassungen bei Auftragsrückgang nicht wirkungsvoller zwecks Abbau der Arbeitslosigkeit sei als die Auflagen, mit denen europäische Unternehmer kämpfen müssen, um Mitarbeiter zu entlassen, wenn die Konjunktur rückläufig ist. In USA wird weniger als 5 Prozent der Erwerbsbevölkerung als arbeitslos registriert, in Europa doppelt so viel oder sogar noch mehr in einigen Ländern. Hierüber debattieren sozialdemokratische Politiker neuerdings, die bisher keinen Ausweg aus der grassierenden Arbeitslosigkeit mit hohen Löhnen, Belastungen der Lohnsummen mit Steuern und Abgaben und Entlassungsentschädigungen sowie allerlei Restriktionen in der Arbeitszuteilung gefunden haben. Blair hat den Ton angegeben. Der Dritte Weg offenbart sich dabei keinesfalls als ein Hindernis.

Dass ausgerechnet ein sozialdemokratischer Kanzler in Deutschland mit einem Fiskalprogramm aufwartet, das das Defizit in drei Jahren abbauen soll, hat ebenfalls manchen Beobachter überrascht. Sozialdemokraten pflegten vormals mit höheren Besteuerungen und Verschuldungen zwecks Finanzierungen sozialer Ausgaben aufzuwarten.

Offenbar hat es sich herumgesprochen, dass die Steuergrenze bereits überschritten ist und dass viele Sozialleistungen nicht mehr zu finanzieren sind. Renten werden zunächst für zwei bis drei Jahre in Deutschland nicht mehr wie bisher an Lohnzulagen geknüpft, sondern an die Konsumentenpreise, lies Inflation, die deutlich abnimmt und sich dem Nullpunkt nähert.

So entpuppt sich der Dritte Weg als ein politischer Stil, mit dem die Marktwirtschaft als Mechanismus für den Einsatz produktiver Kräfte anerkannt wird und gleichzeitig die Inflation abstirbt, die seit dem Ersten Weltkrieg das monetäre Geissel des 20. Jahrhundert gewesen ist. Dieses neue Paradigma, dem Politiker des Dritten Weges ebenso wie Liberale sowie manche Konservative beipflichten, wogegen Altkommunismus und Rechtstotalitäre ihn verwerfen, nimmt laufend neue Gestalt an, ehe eine neue Bezeichnung für einen künftigen politischen Stil die Nachfolge antritt.

Dass die Politiker der Sozialistischen Internationale in Buenos Aires gleichzeitig den lokalen Medien und Politikern mitteilten, sie gingen einig mit einem Abbau unerträglich hoher Staatsschulden, einer gerechteren Einkommensverteilung und einer Liberalisierung der europäischen Agrarpolitik, geht auf das Konto politischer Freundlichkeiten im Gastgeberland, ohne dass man deshalb Konkretes erwarten darf.

Wenn harte politische Entscheidungen fallen, seien sie finanzieller Art oder bezogen auf den Agrarprotektionismus, schauen die Politiker des Dritten Weges in Europa genauso wie ihre konservativen Vorgänger zuerst auf ihre politischen Interessen und vergessen die Versprechungen, die sie gegebenenfalls in Buenos Aires verheissen haben.

Keine Zahlungsverweigerung

Duhaldes Probleme mit den Schulden

Der Gouverneur der Provinz Buenos Aires, Eduardo Duhalde, hat angesichts der Angriffe aus fast allen Lagern gegen seine Forderung einer Erlassung der Auslandsschuld, zu einem Gegenschlag angesetzt. „Wir Argentinier können uns ein derartig feiges Vorgehen, die Interessen der Gläubiger und nicht die der Schuldner zu verteidigen, nicht leisten“, erklärte Duhalde am Mittwoch im Rahmen einer Pressekonferenz in La Plata.

Die Reaktion Duhaldes war eine Mischung aus Berichtigung - „niemand spricht vom nicht bezahlen“- und Neuaufgabe mit anderen Worten: „Bis wohin ist es statthaft, sie zu bezahlen, wenn dies Hunger und Massensterben bedeutet?“. Gleichwohl war die Andeutung eines Abrückens von der Idee der Schenkung erkennbar, die Duhalde am Freitag der vergangenen Woche geäußert hatte. Zuvor hatte sich der Bonaerenser Mitte Mai in Mendoza für eine „regionale Neuverhandlung“ der Auslandsschuld ausgesprochen, eine Art Aktualisierung im Rahmen des Mercosur des gescheiterten „club de deudores“ (Schuldnerklub). An einen derartigen Klub war während der ersten Schulden-

krise zu Beginn der 80er Jahre gedacht worden, um Kräfte auszugleichen.

Duhaldes Angaben zufolge „muss der Schuld Ehre angetan werden, aber ebenso muss den Kindern und den alten Menschen Ehre angetan werden. Über das Thema ist zu diskutieren, jedoch nicht mit dem Ziel, nicht zu bezahlen, sondern um zu demonstrieren, daß es nicht die exklusive Domäne der Wirtschaftler sondern auch der Humanisten“ sei. Präsident Carlos Menem hatte die polemischen Erklärungen Duhaldes genutzt, um diesem das Recht dazu abzuspreehen und Differenzen neuerlich aufs Tapet zu bringen. Menem unterstrich, daß der Kandidat des Justizialismus für seine Nachfolge nur für sich selbst spreche und seine Auffassung auf dem Parteikongreß einer Prüfung unterzogen werde.

Domingo Cavallo hingegen übte scharfe Kritik an dem Bonaerenser und empfahl ihm, anstatt Erlassung oder Neuverhandlung zu fordern, müsse er Vertrauen schaffen, um die Einstufung Risiko/Land zu verbessern und günstigere Zinsen für die Schuld zu erreichen.

DIE WOCHE IN ARGENTINIEN

Bombendrohungen

Seit der vergangenen Woche erfolgt eine Bombendrohung nach der anderen. Auch Präsident Carlos Menem mußte seinen Abflug nach Rio de Janeiro zum Gipfel Mercosur-EU um zwei Stunden verschieben, in denen das Flugzeug Tango 01 durchsucht wurde. Gefunden wurde nichts. Auch in allen anderen Fällen, bei den Bombenwarnungen in der U-Bahn, in der Steuerzentrale und im Gerichtsgebäude Tribunales blieb die Suche erfolglos. Wie verlautet, soll es möglich sein, bei einem anonymen Anruf auf elektronischem Weg innerhalb von acht Sekunden festzustellen, woher der Anruf kommt. Aus nicht bekannten Gründen wollen die Sicherheitsbehörden das Gerät vorerst nicht einsetzen.

Rodríguez Saá will noch mal

Der Gouverneur von San Luis, Adolfo Rodríguez Saá, hat angekündigt, daß er seine fünfte Wiederwahl in Folge anstrebt. Nach einer weiteren Regierungsperiode in der Provinz sei er nicht abgeneigt, sein Glück bei den Vorwahlen des Präsidentschaftskandidaten für das Jahr 2003 zu versuchen. Die Gouverneurswahlen in San Luis finden am 24. Oktober statt.

Überraschungen unerwünscht

Die politischen Parteien wollen keine Überraschungen und erwarten, daß in der Nacht vom Sonntag, dem 24. Oktober, auf Montag, den 25. Oktober, ohne Verzögerungen das Resultat der

provisorischen ersten Auszählung bekanntgegeben wird und man erfährt, wer der Nachfolger von Carlos Menem ist. Das Innenministerium will eine internationale Ausschreibung zur Ermittlung einer Firma veranstalten, die diese Zählung durchführen soll.

Río Tercero

In einer am letzten Wochenende durchgeführten Sachverständigenprüfung in den Militärfabriken in Río Tercero konnte zufolge der Fachleute die Hypothese des Unfalls praktisch ad acta gelegt werden. Das abschließende Gutachten über die Ursache des Feuers und der Explosion danach stützt die Theorie, daß es sich um einen absichtlich provozierten Vorfall handelte.

Bürgermeister in Nöten

Der Gemeinderat in dem Ort La Rioja prüft derzeit Anträge auf politischen Prozeß für Bürgermeister Luis Agost Carreño und den Sekretär für öffentliche Dienste, Raúl Miserere. Agost ist ein Vertrauensmann von Präsident Carlos Menem und ist Vorsitzender der Federación Argentina de Municipios (Dachverband der Gemeinden).

Anwaltshonorar: 1 Million

Ein Anwalt in Esquel in der Provinz Chubut beschlagnahmte in diesen Tagen ohne viel Federlesens 144 Hektar Wald mit einem Schätzwert von mehr als einer Million Pesos in einem Verfahren zur Honorarfestsetzung. Die erste Instanz hatte das Honorar auf 44.000 Pesos beziffert. Die verquere Situation bewirkte das Einschreiten eines Richters,

der jetzt eine Untersuchung über die Rechtmäßigkeit des anwaltlichen Vorgehens eingeleitet hat.

Armutsbeihilfe

Die Armutsbeihilfe, eine Zulage zur Rente entsprechend dem Alter des Rentenempfängers, erhalten derzeit 737.655 Rentner und Pensionsbezieher. Zu dieser Zahl müßten an sich weitere 723.183 Rentner kommen, die nur die Mindestrente in Höhe von 150 Pesos beziehen und hinsichtlich des Armutszuschlages leer ausgehen.

Marsch für Sicherheit

Ein Verband von 104 Nachbarschaftsvereinigungen, Espacio Vecinal de Compromiso Ciudadano, führt am Sonntag, dem 11. Juli, einen Protestmarsch gegen die Unsicherheit durch. Der Marsch geht über die Stadtautobahn „autopista del Oeste“ bis zur Wallfahrtskirche von Luján, wo um 11.00 Uhr vormittags eine ökumenische Zeremonie stattfindet.

PJ-Siege

Die Justizialistische Partei konnte sich in acht von 26 Gemeinden in der Provinz Córdoba durchsetzen, wo am Sonntag Bürgermeister gewählt wurden. Die acht Orte hatten seit 1983 Bürgermeister der UCR. Es sind dies Villa Dolores (die bedeutendste Gemeinde mit 20.000 Einwohnern), Villa Fontana, Laguna Larga, Ausonia, Las Tapias, Los Hornillos, Nono und La Rinconada.

Marz ging vergrämt

Marz Sánchez gab am Dienstag auf Grund ihrer Niederlage in der Internwahl in La Matanza den

Vorsitz des bonaerenser Frente Grande ab. Die Allianz aber prüft, wie sie „Pinky“ zur offiziellen Bürgermeisterkandidatin „hochschaukeln“ kann.

Attacke Cavallos

Der Präsidentschaftskandidat der Acción por la República, Domingo Cavallo, hat neuerlich die dem Menemismus zuneigenden Sektoren der Justiz angegriffen. Am Dienstag erklärte Cavallo, eines der schwerwiegenden Probleme des argentinischen Justizsystems seien einige Korruptionsnester, die immer noch in der Bundesjustiz fortbeständen.

Eine Stimme für de la Rúa

Arturo Puricelli, Ex-Gouverneur von Santa Cruz und menemistischer Ex-Funktionär, erklärte am Dienstag, die gegen ihn gerichteten Angriffe Duhaldes hätten ihn davon überzeugt, „daß mir keine andere Möglichkeit bleibt, als Fernando de la Rúa zu wählen“. Der Vorsitzende der Provinzpartei MOFESA hatte sich in den Wahlen im Mai in Santa Cruz mit der Allianz verbündet. Der große Sieger war aber am Ende Néstor Kirchner gewesen.

Schnee blockiert Pass

Rund 800 vollbeladene Lastzüge blieben am Dienstag am internationalen Pass Cristo Redentor zwischen Chile und Argentinien in einem Schneesturm hängen, als die Fernstraße 7 von einer ein Meter hohen Schneedecke blockiert wurde. Ein zusätzliche Belastung für die Lastwagenfahrer waren die Temperaturen, die um fünf Grad unter Null lagen.

De la Rúa gegen neues Ministerium Ablehnung für Idee Duhalde eines Superproduktionsressorts

Fernando de la Rúa und seine Mannschaft trafen sich am Dienstag mit den Vertretern der Unión Industrial, um ihre Absichten im Fall eines Wahlsieges im Oktober darzulegen. Der Allianz Kandidat distanzierte sich ganz besonders in einem Punkt von seinem Rivalen im Rennen um die Präsidentschaft, dem bonaerenser Gouverneur Eduardo Duhalde, der in der vergangenen Woche mit den Industriellen gesprochen hatte. Im Gegensatz zu den Intentionen Duhaldes ist de la Rúa entschieden gegen die Schaffung eines Ministeriums allein für die Produktion. Wenn er in die Casa Rosada einziehe, werde es in jeder Provinz ein Amt zur Betreuung der Forderungen der Industriellen geben.

Carlos „Chacho“ Alvarez, Kandidat für die Vizepräsidentschaft, ging mehr ins Detail. „Wir mißtrauen einem bürokratischen Produktionsministerium, das zentral von der Hauptstadt aus einen Ausweg aus der Krise handhabt“, erklärte Alvarez im Rahmen einer Presse-

konferenz nach dem Treffen, das fast zwei Stunden dauerte. Auch die Kosten des Produktionssektors für das Wirtschaftsmodell von Menems Regierung waren Gegenstand der Diskussion.

Die Unternehmer ließen keinen Zweifel daran, daß, wenn die Rezession nicht schnell beendet werde, vor allem die nächste Regierung und die Arbeitnehmer zu leiden hätten, da die Arbeitslosigkeit zunehmen würde. Politiker und Unternehmer gingen gleichermaßen davon aus, daß die Krise von der Regierung und hier ganz besonders von Roque Fernández, aber auch von den Banken heruntergespielt werde.

Unternehmer und Allianzpolitiker bildeten ein Gremium, in dem die Themen diskutiert werden sollen, über die man sich einig ist. Darunter sind die von den Industriellen geförderte Initiativen des „Kauf argentinisch“, die Brady-Gutschriften für die Neufinanzierung der kleinen und mittleren Betriebe und die Neufestsetzung der Steuern.

Ibarra Kandidat für Stadtregierung Sieg in der Internwahl mit 63 Prozent gegen Caputo

Aníbal Ibarra wurde am Sonntag nach einem voraussehbaren Triumph über Dante Caputo in den offenen Internwahlen des Frepaso zum Stadtregierungskandidaten für die Allianz gekürt. Gemäß der Wahlarithmetik der Allianz steht es jetzt der UCR zu, den Formelpartner Ibarra zu bestimmen. Unmittelbar nach der Wahl versicherte der Kandidat für die Nachfolge Fernando de la Rúas, er werde sich dafür einsetzen, daß die Hauptstadtwahlen zusammen mit den Nationalwahlen erfolgten.

„Wir werden für den Beitrag der Stadt Buenos Aires zum landesweiten Triumph der Allianz am 24. Oktober garantieren“, erklärte Ibarra in einer indirekten Botschaft an Fernando de la Rúa. Der Präsidentschaftskandidat der Allianz und heutige Chef der Stadtregierung

ist nämlich die Instanz, die am Ende über diese Frage entscheiden wird. Sein Wahlkampagnenkomitee allerdings zieht vor, daß die Bürger der Stadt im Oktober einzig und allein in dem Tauziehen zwischen ihm und Eduardo Duhalde entscheiden und später über den Stadtregierungschef abstimmen.

Am Sonntag wurde nicht nur in der Hauptstadt gewählt, sondern auch in acht Gemeinden in Groß-Buenos Aires. Das Ereignis des Tages war bei dieser Wahl der Bürgermeisterkandidaten für besagte Gemeinden die Niederlage von Marz Sánchez in La Matanza gegenüber dem Frepaso-Kandidaten Herminio Bayón, der die Radikale Pinky, mit bürgerlichem Namen Lidia Satragno, unterstützt. Noch am Abend überließ Bayón Pinky die Kandidatur.

Allianz vergrößert ihren Vorsprung Eine Umfrage ergab zehn Punkte Vorteil gegenüber PJ

Der Präsidentschaftsformel der Allianz gelang es im vergangenen Monat, ihren Abstand gegenüber dem PJ auf zehn Punkte zu vergrößern, wie jetzt eine Umfrage des Institutes Mori Argentina ergab. 39 Prozent der Befragten wollen demnach Fernando de la Rúa und Chacho Alvarez ihre Stimme geben, während 29 Prozent Eduardo Duhalde und Ramón Ortega bevorzugen. Der Unterschied ist noch größer,

wenn nach Präferenzen für Parteien gefragt wird (37 zu 25).

Die Zahlen lassen ein Wachstum um sieben Punkte zugunsten der Allianz-Kandidaten im Vergleich zum Mai erkennen. Die PJ-Formel hat hingegen einen Punkt verloren. Die zwischen 15. und 18. Juni durchgeführte Umfrage schließt in die Optionen auch eine hypothetische Formel Domingo Cavallo-Gustavo Beliz ein, für die sich magere 5 Prozent der Befragten entschieden. Beliz, Chef der Nueva Dirigencia, und Cavallo, Präsidentschaftskandidat der Acción por la República, sind seit einiger Zeit politische Verbündete. Dessenungeachtet jedoch scheint es unwahrscheinlich, daß beide zusammen eine Wahlformel bilden.

Für besagte Umfrage wurden 1.200 wahlberechtigte, über 18 Jahre alte Personen in vierzehn Städten des Landes mit jeweils über 20.000 Einwohnern interviewt. Die für de la Rúa günstige Tendenz verbessert sich noch in einer eventuellen Ballottage: Der Allianz-Kandidat bekommt da rund 46 Prozent der Stimmen gegen 35 Prozent für Duhalde. Bei einem potentiellen zweiten Wahlgang wurde auch das Verhalten von Cavallos Wählern analysiert, die eine ähnliche Verteilung wie zwischen de la Rúa und Duhalde aufweist. In Zahlen ausgedrückt heißt das, daß in der zweiten Wahlrunde von zehn Wählern Cavallos drei für Duhalde und vier für de la Rúa stimmen würden. Das Panorama bessert sich für den PJ, wenn es um die Wahl des bonaerenser Gouverneurs geht. Die Umfrage ergibt für den Duhaldisten und heutigen Vizepräsidenten Carlos Ruckauf einen Vorteil von drei Punkten gegenüber seiner Rivalin Graciela Fernández Meijide von der Allianz (36 gegen 33 Prozent). An dritter Stelle plaziert sich der Ex-Kommissar Luis Patti mit knappen neun Prozent.

70 Jahre Ungarische Zeitung in Argentinien

„Délamerikai Magyar Hírlap“ feierte am 29. Juni Geburtstag

Die einzige Zeitung Lateinamerikas und Argentiniens in ungarischer Sprache, „Délamerikai Magyar Hírlap“, feierte am 29. Juni ihr 70jähriges Bestehen. Unter dem Namen „Délamerikai Magyarorság“ hatte Jorge Faragó 1929 die Zeitung „für die gesamte ungarische Kolonie am Río de la Plata unabhängig der religiösen oder politischen Ansichten ihrer einzelnen Vertreter gegründet“, wie Faragó sagte. Unter dem heutigen Herausgeber Adrián Czanyó wurde der Name der Zeitung vor 25 Jahren in das aktuelle „Délamerikai Magyar Hírlap“ geändert. Die Zeitung, die bis Anfang der neunziger Jahre in der Druckerei des Argentinischen Tageblatts gedruckt wurde und im Zwei-Wochen-Rhythmus erscheint, betreibt Redaktionsbüros in Buenos Aires und Sao Paulo (Brasilien). Kontaktadresse: „Délamerikai Magyar Hírlap“ (Periódico Húngaro), Del Campo 18, Villa Martelli (1603) Bs.As., Tel./Fax: 4761-7981, e-Mail: czanyo@datamarkes.com.ar

Neuer Personalausweis DNI ab August

Wie oft darf der Bürger zur Kasse gebeten werden?

Vom 19. August ab wird jeder Antragsteller eines neuen Personalausweises ein neues DNI erhalten, in dem auch die Blutgruppe und das Datum angegeben sind, an dem das Dokument ungültig wird. Das neue DNI ist durch ein besonderes Sicherheitssystem geschützt, das den Umlauf von Blankoausweisen unmöglich machen soll. Diesmal wird nicht im „Instituto Geográfico Militar“, sondern bei einer privaten Druckerei gedruckt. Allerdings obliegt die gesamte Herstellung staatlichem Personal.

Neben den neuen behalten die bisherigen DNIs ihre Gültigkeit. „Die Exekutive wird mittels eines Dekretes dazu aufrufen, das alte DNI zu erneuern, doch wird niemand dazu gezwungen und ebensowenig bestraft“, erklärte dazu gegenüber der Presse Jorge Castells, Unterstaatssekretär für technische Koordination im Innenministerium. Dessenungeachtet ist weniger als zwei Monate vor dem Start des Systems immer noch eine heftige Polemik darüber im Gan-

ge, wie oft der Bürger für sein DNI zur Kasse gebeten wird. Auf der einen Seite sind sich das Innenministerium und das Unternehmen Siemens, sozusagen der Kopf der Firmengruppe, die die Ausschreibung gewann, nicht einig darüber, ob bei der Aktualisierung nach acht Jahren 30 Pesos für ein neues Dokument oder 6.50 Pesos, wie das im offiziellen Tarif festgelegt ist, bezahlt werden sollen. Andererseits sind namhafte Anwälte und Juristen der Ansicht, daß es nicht nur gesetzwidrig ist, die Gebühr für ein neues Dokument bei der Aktualisierung nach acht Jahren neuerlich zu verlangen. Auch die Aktualisierungen mit 16 Jahren und bei Erreichung des 30. Lebensjahres können nicht wie Neuausstellungen behandelt werden, worüber sich die Regierung und Siemens einig sind.

Derzeit werden bei Erreichung des achten Lebensjahres 6.50 Pesos an Gebühren bezahlt, mit 16 aber muss für einen neuen Ausweis bezahlt werden. Das Gesetz

17.671, das auch eine Erneuerung des DNI bei Vollendung des 30. Lebensjahres verlangt, ist noch nicht in Kraft getreten.

Die Ausschreibung für die Kontrolle der Grenzübergänge sowie den Druck der Wählerlisten und der DNIs war eine der Ausschreibungen dieser Regierung, die die meisten Polemiken hervorriefen und außerdem zu vier Verfahren bei der Justiz führten. Der Preis der DNIs ist einer der umstrittensten Kritikpunkte. Die Regierung rechtfertigt sich mit dem Argument, daß mit den Einnahmen aus den neuen DNIs ein Grenzkontrollsystem finanziert werden soll, das innerhalb acht Sekunden feststellen kann, ob die Person, die sich mit dem DNI ausgewiesen hat, der rechtmäßige Besitzer ist. Dazu wird sein Daumenabdruck elektronisch mit dem gespeicherten verglichen. Außerdem wird über einen bestehenden Haftbefehl informiert.

Zu diesem Zweck werden derzeit 46 Millionen Personenkarteikarten (auch bereits Verstorbene) mit allen Angaben und den zehn Fingerabdrücken elektronisch gespeichert. „Zum ersten Mal wird es eine Datenbank der gesamten Bevölkerung geben, die das Wählen von Toten und die doppelte Bezahlung von Renten unmöglich machen wird“, versicherte der Staatssekretär für Bevölkerung, Aldo Carreras.

Die Frepaso-Abgeordneten Darío Alessandro und Juan Pablo Cafiero übten scharfe Kritik an dem Umstand, daß das Projekt durch Dekret zur Ausschreibung kam und nicht durch ein Gesetz,

aber auch daran, daß man die Ausgabe der DNIs, die Grenzkontrolle und den Druck der Wählerlisten zu einem Paket zusammengefaßt habe. Ein weiterer Punkt, den sie beanstandeten, sind die durch die obligatorische Zusendung an die Wohnadresse gestiegenen Kosten. Allerdings stellte dazu ein Sprecher von Siemens fest, man werde auf Grund von Vereinbarungen mit Correo Argentino vier Pesos pro DNI bezahlen. Momentan ist die Zusendung an die Wohnadresse optativ, wird durch das Unternehmen OCA durchgeführt und kostet 10 Pesos. Die erste Frage jedoch, die gelöst werden muß, ist die unterschiedliche Auffassung über die Zahlungen zwischen der Regierung und Siemens. Das Unternehmen ist der Meinung, daß jeder Argentinier die besagten 30 Pesos viermal bezahlen muss: Bei der Geburt, bei Vollendung des 8., des 16. und des 30. Lebensjahres. Die Regierung hingegen ist einverstanden mit dem 8., dem 16. und dem 30. als Erneuerungstermin, lehnt aber die Ausstellung von DNIs für Babys ab. Dazu wird aus dem Personenstandsregister vermerkt, daß für die Aktualisierung bei Erreichung des 8. Geburtstags heute 6.50 Pesos an Gebühren bezahlt werden müssen. Siemens versichert jedoch, daß ohne die Gebühr von 30 Pesos die Kosten des Dokuments nicht gedeckt würden. Die Aktualisierung ist ohne Herstellung eines neuen Ausweises nicht durchführbar, da Fotos und Daten vor der hermetischen Verschweißung digital aufgedruckt werden. Dies sei, so Siemens, eine Frage der Sicherheit.

Privatisierung der Retiro-Bahnhöfe

Die Regierung schreitet mit der Privatisierung der Bahnhöfe fort und hat jetzt die Ausschreibung für die drei im Stadtteil Retiro liegenden Mitre-, Belgrano Norte- und San Martín-Bahn gestartet. Seit Dienstag sind die Ausschreibungsunterlagen für diese Bahnhöfe zu erwerben, deren Konzessionen im Gegensatz zu den anderen Bahnhöfen nicht für 20 Jahre gelten, sondern nur für fünf. Dies liegt daran, daß für die ganze Zone das Stadtplanungsprojekt Retiro in Vorbereitung ist. Dieses sieht den mittelfristigen Bau eines einzigen Zentralbahnhofes für die drei Bahnlagen vor.

Ebenso wie bei den anderen Ausschreibungen, die bereits im Gange sind, beinhaltet das von der Ente Nacional de Administración de Bienes Ferroviarios (Enabief, Nationalverwaltung der Eisenbahnen) entworfene Schema die „Wartung, Verwaltung und kommerzielle Nutzung“ der Bahnhöfe, wofür der Konzessionär eine Jahresgebühr an den Staat bezahlen muß. Die drei Retiro-Bahnhöfe kommen in getrennter Form zur Ausschreibung. Für jeden werden die Renovierung der Bahnhofshallen und der Dächer, die Erweiterung der Toiletten und die Verbesserung der Sicherheits- und Reinigungseinrichtungen gefordert. Die zukünftigen Konzessionäre des Mitre- und Belgrano Norte-Bahnhofs müssen die Fassaden beider Gebäude, die unter Denkmalschutz stehen, entsprechend den alten Plänen wieder herrichten. Die monatliche Mindestkonzessionsgebühr, die der Staat kassieren will, beträgt 7.300 Pesos für den Mitre-Bahnhof und jeweils 5.000 für die Bahnhöfe der Belgrano Norte- und der San Martín-Bahn. Wenn auch die Begrenzung der Konzession auf fünf Jahre kurz scheint, so haben die Bahnhöfe doch einen ganz besonderen Anreiz: Die 300.000 Reisenden, die täglich im Durchschnitt die Bahnhöfe passieren.



SERVICIOS
DIGITALES

www.multimedia.com.ar

Corrientes 456 - P.16 - of.161 - (1366) Bs. As. Argentina
Tel/Fax: (54-11)4393-8837/4393-8298 - servicios@multimedia.com.ar

WIRTSCHAFTSÜBERSICHT

Duhalde für Schuldenerlass für Argentinien

Anlässlich der Konferenz der sozialistischen Internationale erklärte Eduardo Duhalde, Gouverneur der Provinz Buenos Aires und faktischer Präsidentschaftskandidat des Justizialismus, die argentinische Auslandsschuld müsse von den Gläubigern erlassen werden, da sonst keine Entwicklungsmöglichkeit des Landes bestehe. Der andere Präsidentschaftskandidat, Fernando de la Rúa, war vorsichtiger: es bedürfe einer Umstrukturierung der Auslandsschuld. Das wird schon laufend getan, indem kurzfristige Schuldpapiere durch mittel- und langfristige ersetzt werden.

Die unvorsichtigen Äusserungen von Duhalde haben sich sofort auf dem Finanzmarkt ausgewirkt. Die Regierung brachte letz-

te Woche einen Bonds für 100 Mio. Euro (gleich US\$ 103 Mio.) auf 4 Jahre unter, zu einem höheren Zinssatz als beim vergangenen Mal, nämlich 11,37%, gegen 10,69% bei einem Bonds auf 4,8 Jahre, der am 12. Mai untergebracht wurde. Der jetzt gezahlte Zinssatz bedeutet eine Prämie von 557 Basispunkten über dem Ertrag der US-Schatzamtbonds (genannte „Treasuries“). Somit hat Duhalde dem Land mit seinen unvorsichtigen Erklärungen schon an die 3 Mio. Dollar gekostet, die sich aus der Zinsdifferenz auf 4 Jahre ergeben.

Wenn ein Präsidentschaftskandidat mit guten Aussichten, effektiv Präsident zu werden, wie es Duhalde ist, von einem Schuldenerlass spricht, so verursacht das

bei Banken, Fondsverwaltern und Anlegern Misstrauen, also eine geringere Neigung, Argentinien Geld zu leihen. Während Präsident Menem, Minister R. Fernández und seine Mannschaft sich redlich bemühen, alles zu tun, damit das Landesrisiko sinkt, wirkt Duhalde genau im entgegengesetzten Sinn. Das schlimme dabei ist, dass er diesen Fehltritt schon zum zweiten Mal begangen hat. Vor kurzem sprach er schon von Verhandlungen mit dem Internationalen Währungsfonds zwecks Umschuldung und Schuldenerlass. Sein Referent in Wirtschaftsfragen und voraussichtlich, wenn er Präsident werden sollte, Wirtschaftsminister, Jorge Remes Lenicov, musste ihn schon damals durch eine forcierte Interpretation berichtigen. Dieses Mal wich er einer Erklärung über den Fall aus, indem er nur darauf hinwies, dass es notwendig sei, ein ausgeglichenes Budget aufzuweisen. Angeblich hat er jetzt Duhalde dazu bewegt, dass er seinen Deputierten die Anweisung gegeben hat, dem Gesetzesprojekt über Fiskalsolvenz zuzustimmen. Das

ist ein Signal in die gute Richtung, mit dem seine unvorsichtige Erklärung ausgeglichen werden soll.

Nicht genug mit diesen Erklärungen, meldete sich auch Präsident Menem zu Wort und erklärte, bei einem Wahlsieg der Allianz werde es voraussichtlich eine Abwertung geben. Das ist zwar wahlpolitisch gedacht, gerät aber den Gläubigern auch in die falsche Kehle, auch wenn ihre Forderungen in Dollar, Euros u.a. Währungen lauten. Nachdem De la Rúa u.a. Spitzenpolitiker der Allianz sich für die Beibehaltung der Konvertibilität und der Stabilität ausgesprochen haben, und die Spitzenwirtschaftler auch die Fiskalsolvenz unterstützen, sollte Menem diese Einstellung nicht bezweifeln. Denn das Problem, das entsteht, wenn er eine Abwertung in Aussicht stellt, kommt auf ihn zu und erschwert die Schlussphase seiner Regierung.

Duhalde u.a. begehen einmal den Fehler, von Auslandsschuld statt Staatsschuld zu sprechen. Die Schuld des Nationalstaates ist weitgehend in Titeln nominiert, bei denen meistens Banken im

Randglossen

Die Kandidatenwahl im Bezirk La Matanza, mit angenommenen 1,5 Millionen Einwohnern die bevölkerungsreichste Gemeinde in ganz Argentinien, wo mehr Menschen als in den meisten Provinzen leben, hat im Parteienklügel, bekannt unter dem Kürzel „Frente Grande“, eine eigenartige Blüte getrieben. Innerhalb der Allianz hatten die Mächtigen der UCR und des „Frente Grande“ abgemacht, dass der Kandidat für das Bürgermeisteramt von La Matanza dem „Frente Grande“ zukommt. Indessen hat die parteiinterne Wahl der Lehrgewerkschafterin Mary Sánchez eine Niederlage zuhanden von Herminio Bayón, seines Zeichens Gemeinderat, verabreicht, der sogleich zugunsten der Radikalen Lidia Satragno, landesbekannt als Pinky durch ihre erfolgreichen Fernsehshows, Verzicht übte. Pinky sammelt viel mehr Stimmen als Mary Sánchez, so dass die Allianzgrößen kaum umhin können, als dem Wahlergebnis beizupflichten und auf die vorherige Abmachung zu verzichten.

Ob die Wahlen für das Amt des Regierungschefs der Bundeshauptstadt am 24. Oktober zusammen mit den Landeswahlen abgehalten werden oder ob bis Mitte 2000 gewartet wird, zumal der neue Regierungschef erst im August antritt, ist gegenwärtig Gegenstand heftiger Auseinandersetzungen in der Allianz. Aníbal Ibarra siegte gegen Dante Caputo als Kandidat des „Frente Grande“, dem der Posten in der Allianz zugeschanzt wurde, und besteht auf gemeinsame Wahlen am 24. Oktober. Regierungschef De la Rúa zaudert, weil er auf der Verabschiedung eines neuen Wahlgesetzes besteht, ehe die Wahlen einberufen werden. Möglicherweise will er sich die Alternative einer Wiederwahl vorbehalten, sollte er die Präsidentschaftswahl am 24. Oktober verlieren, in welchem Fall der Pakt innerhalb der Allianz in die Brüche ging, wie jetzt in La Matanza mit dem parteiinternen Wahlsieg der Radikalen Pinky.

LAVArropas

KOH-I-NOOR

ENTRA EN SU CASA



Entra en su casa

40 cm.

DE ANCHO



Importa: API S.A.I.C. - Distribuye: AUTOSAL S.A. E. Echeverría 930
 Florida (1602) Prov. de Buenos Aires - Tel.: 730-0011 - Fax: 730-0800

Ausland die Zinsen für ihre Kunden kassieren, deren Namen sie jedoch nicht preisgeben. In vielen Fällen handelt es sich um Personen, die in Argentinien wohnhaft sind, so dass es sich in Wirklichkeit um eine Inlandsschuld handelt. Die hohen Beträge, die in Argentinien ansässige Personen im Ausland haben, sind zum grössten Teil schwarzes Geld, so dass sie sich hinter Banken und Investmentfonds verstecken. Was jedoch die echte Natur der Staatsschulden nicht ändert. Wie hoch der Anteil der Forderungen ausländischer Gläubiger an der argentinischen Staatsschuld ist, weiss niemand. Im Grunde ist es auch ziemlich belanglos.

Bis in die 80er Jahre bestand die argentinische Staatsschuld weitgehend in Krediten ausländischer Banken. Das hat sich jetzt grundlegend geändert. Die Schuld ist „sekuritisiert“ worden, wie man heute sagt, also in Staatspapiere umgewandelt worden, die weitgehend verstreut sind, so dass es eine Unmenge Gläubiger gibt. Man wüsste heute gar nicht, mit wem man über einen Schuldenerlass verhandeln müsste. Ein Teil der Titel (etwa US\$ 7 Mrd.) bilden auch das Portefeuille der lokalen Rentenfonds (die von den AFJP verwaltet werden). Will man die zukünftigen Rentner betrogen, indem man diese Titel für nichtig erklärt? Ein anderer Teil bildet das Portefeuille der lokalen Investmentfonds, Versicherungsanstalten u.a. institutioneller Anleger (etwa US\$ 6 Mrd.). Schliesslich sei darauf hingewiesen, dass ein Teil der Kredite mit internationalen Kreditinstituten zu günstigen Bedingungen verpflichtet worden ist, vorwiegend Weltbank, IWF und Interamerikanische Entwicklungsbank. Dann bestehen noch Kredite gegenüber Staaten, im Rahmen des sogenannten „Pariser Klubs“.

Der ehemalige Wirtschaftsminister Domingo Cavallo, der jetzt auch Präsidentschaftskandidat für seine Partei „Acción por la República“ ist, erinnerte, dass im Rahmen des Brady-Plans im Jahr 1992 schon ein erheblicher Schuldenerlass stattgefunden hat, den er auf 35% bezifferte. Ein Teil der Brady-Bonds trägt für 30 Jahre nur normale Zinsen, wobei das Kapital dann am Schluss ganz abgeschrieben wird. Cavallo weist darauf hin, dass ein Land, das alle sieben Jahre einen Schuldenerlass beansprucht, als unse-

riös eingestuft und dementsprechend behandelt wird. Der Brady-Plan muss als einmalige Ausnahme angesehen werden, nicht aber als Regel. Darüber darf es überhaupt keinen Zweifel geben.

Das Problem der argentinischen Staatsschuld besteht in den hohen Zinsen, die auf die hohe Landesrisikoprämie zurückzuführen sind. Hätte Argentinien eine Rate um 200 Punkte, wie Chile, statt 557, so würde das eine zunehmende Ersparnis an Zinsen ergeben, so dass Argentinien für die Bedienung der Staatsschuld nicht US\$ 7 Mrd. und voraussichtlich mehr in den kommenden Jahren aufwenden müsste, sondern zunächst wohl eine Milliarde weniger, und dann bis zu US\$ 3 Mrd. weniger. Zu diesem Zweck muss das Haushaltsdefizit kurz-

Defizitabbau bis 2003

Nach längerem Hinziehen hat die nationale Deputiertenkammer am Mittwoch das Gesetzesprojekt allgemein verabschiedet, durch das der Regierung Defizitgrenzen gesetzt werden. Das Projekt wurde vom justizialistischen Deputierten Jorge Remes Lenicov ausgearbeitet, der sieben Jahre lang Wirtschaftsminister der Provinz Buenos Aires unter den Gouverneuren Cafiero und Duhalde war, und von letzterem als Wirtschafts- oder gegebenenfalls Finanzminister (sollte ein Produktionsministerium geschaffen werden) im Fall des Wahlsieges designiert worden ist. Das Projekt verändert einen etwa gleichlautenden Gesetzentwurf des Senators José Manuel de la Sota, gewählter Gouverneur von Córdoba, der dieser Tage das neue Amt antritt. De La Sota hatte im Vorjahr sein Projekt eingereicht, das vom Senat unter der unverständlichen Bezeichnung einer Fiskalkonvertibilität verabschiedet worden war und der Deputiertenkammer vorlag.

Es ging dabei mit der neuen Bezeichnung der Fiskalsolvanz, die den Sachverhalt besser kennzeichnet, um eine Vorgabe des zulässigen Defizits in der Nationalverwaltung ab 1999, wobei definiert wird, welche Etatposten dem Fehlbetrag zugerechnet werden. Die einschlägigen Prozente des Bruttoinlandsproduktes (BIP), um die das Defizit Jahr für Jahr abnehmen sollen, gehen von 1,7% für 1999 aus und münden im Jahr 2003 mit Nulldefizit. Die BIP-Prozente müssen freilich in

fristig ganz ausgemerzt werden, da die Finanzwelt meint, dass die Staatschuld eine Höhe erreicht hat, bei der sie beginnt, gefährlich zu werden, so dass die Rückzahlung in Frage gestellt wird. Die Schuld des Nationalstaates beträgt jetzt, nach der Neuberechnung des Bruttoinlandsproduktes, um die 40% des BIP, zu der dann noch noch 6 Punkte hinzukommen, die auf die Schuld der Provinzen und der Gemeinde der Stadt Buenos Aires entfallen. Wenn es dabei bleibt, kann das Land mit dieser Staatsschuld gut weiterleben. Es handelt sich keineswegs, wie es Duhalde sagte, um ein grundsätzliches Hindernis für die wirtschaftliche Entwicklung. Aber wenn die Schuld weiter zunimmt, dann sieht der Fall anders aus.

Nominalbeträge umgewandelt werden. Geht man von einem BIP in der Grössenordnung von fast \$ 300 Mrd. für 1999 aus, das unter der obwaltenden Rezession eher bei \$ 290 Mrd. liegen dürfte, dann bedeutet ein zulässiges Defizit von 1,7% \$ 5,1 Mrd. bei einem BIP von \$ 300 Mrd. und \$ 4,9 Mrd. bei \$ 290 Mrd., im Durchschnitt etwa \$ 5 Mrd. Die mit dem Internationalen Währungsfonds im vergangenen Mai vereinbarte Höchstgrenze beträgt besagte \$ 5,1 Mrd.

Darin sind freilich die Neuverschuldungen für rund \$ 1,0 Mrd. nicht enthalten, die das Defizit der Nationalverwaltung auf \$ 6,0 Mrd. ansteigen lassen, wie sie mit dem Fonds ebenfalls vorgesehen sind. Dieser Fehlbetrag lässt das Defizit auf über 2% des BIP anschwellen, womit das Solvenzgesetz dieses Jahr nicht eingehalten werden würde. Ausserdem befasst sich das Gesetz nicht mit den Defiziten der Gliedstaaten, die für 1999 neuerdings auf \$ 2,5 Mrd. geschätzt werden, und der Gemeinden, über die keine Gesamtzahlen vorliegen. Schätzungsweise mögen \$ 500 Mio. als Fehlbeträge der Gemeinden gelten, die nicht im Gleichgewicht oder gar im Überschuss operieren. Dadurch würde der gesamte Fehlbetrag der öffentlichen Hand Argentinien 1999 auf etwa \$ 9 Mrd. ansteigen, die mehr als 10% der angenommenen konsolidierten Ausgaben der Nationalregierung, der 14 Gliedstaaten und der 2.200 Gemeinden von etwa \$ 85 Mrd. ausmachen würde. Der Na-

tionalregierung dürfen netto \$ 45 Mrd. zugerechnet werden, abzüglich der Transfers an Provinzen, und den Gliedstaaten rund \$ 30 Mrd., ebenfalls abzüglich der Transfers an Gemeinden, so dass letztere mit Gesamtausgaben von etwa \$ 10 Mrd. zu Buche stünden. Alle Zahlen sind geschätzt.

Insofern beschränkt sich das Fiskalziel des Nulldefizits für 2003 in vier Jahren nur auf den Nationalstaat. Die oppositionellen Allianzdeputierten stimmten gegen die Vorlage, weil ihnen ein Defizitabbau in fünf Jahren vorschwebte und weil sie gewisse Staatsausgaben bereits 1999 siestiert haben wollten, womit die Regierungsmannschaft nicht einig ging. Ob 2003 oder 2004 mit Nulldefizit, ist gegenwärtig unwichtig, wogegen die Allianzdeputierten mit ihrer Opposition ein Zeichen gesetzt haben, dass sie in Sachen Fiskaldisziplin weniger geneigt sind als die Justizialisten, das Defizit rechtzeitig abzuschaffen.

Wie immer das Solvenzgesetz in zweiter Lesung im Senat verabschiedet werden wird, was angenommen werden darf, weil die Regierungspartei über eine eigene Mehrheit verfügt, sicher ist, dass es für das Wirtschaftsministerium bereits im kommenden August eine Höchstgrenze des Fehlbetrages für 2000 setzt. Ob dafür Ausgaben gesenkt werden müssen, hängt dann von der Schätzung der Einnahmen aus Steuern und anderen Quellen ab. Bei optimistischer Schätzung bleiben die Ausgaben hoch, anderenfalls bereits im neuen Haushaltsgesetz Abstriche verfügt werden müssen, damit die Rechnung mit dem erwarteten Defizit von möglicherweise 1,3% des BIP gleich rund \$ 4,0 Mrd. aufgeht. Das wären \$ 2,0 Mrd. weniger als 1999.

Das Solvenzgesetz ist eigentlich nur wichtig als wirtschaftspolitisches Zeichen der Politiker. Sie haben offenbar endlich eingesehen, dass uferlose Verschuldung Krisen herbeiführt, die Länderrisikoprämie hoch hält und ebenfalls hohe Zinssätze bewirkt, die die Erholung aus der jetzigen Rezession hinausschiebt und gegebenenfalls sogar in eine langandauernde Depression mündet. Deshalb ist ein solches Solvenzgesetz entschieden ein Fortschritt, der in den kommenden Jahren bestätigt werden muss, wenn Jahr für Jahr der Haushalt

verabschiedet wird, damit die Fehlbeiträge tatsächlich sinken und zuletzt verschwinden.

In einer Welt, in der die Inflation sukzessive ausläuft und immer mehr Länder ihre Budgets ausgleichen sowie Überschüsse erwirtschaften, kann Argentinien nicht abseits bleiben und sich ohne Grenzen verschulden. Die US-Regierung hat ein horrendes Defizit von US\$ 290 Mrd. im Jahr 1990 auf einen erwarteten Überschuss von fast US\$ 100 Mrd. im jetzigen Haushalt umgewandelt. Die deutsche Bundesregierung hat ihren Fiskalplan vorgelegt, nach dem das Defizit in drei Jahren verschwindet. Kanada, Australien, Neuseeland, Singapur und andere Länder weisen keine Defizite mehr auf.

Ergebnisloser Rio-Gipfel

Lange Zeit haben sich die europäischen Regierungen schwer getan, mit einem konkreten Vorschlag zum Abbau ihrer horrenden Agrarsubventionen für die Gipfelkonferenz der 48 europäischen und lateinamerikanischen Regierungschefs in Rio de Janeiro aufzuwarten. Das ist ihnen nicht gelungen. Sie konnten sich kaum darauf einigen, dass im kommenden November in Brüssel Verhandlungen zum Abbau sogenannter nichttarifärer Importrestriktionen sanitärer, bürokratischer oder anderer Art eingeläutet werden und dass im Jahr 2001 Verhandlungen zum Abbau von Zollschränken beginnen sollen. Ein Ende beider Verhandlungsrunden ist nicht abzusehen.

Dergestalt sah das klägliche Ergebnis des Rio-Gipfels aus, soweit es den Mercosur und die Europäische Union betraf. Nicht einmal die Sprachregelung „freier Handel“ oder „Freihandelszone“, wie letztere im Regelwerk des GATT bzw. der Welthandelsorganisation (WHO) erwähnt ist, wurde in die Vereinbarung von Rio aufgenommen. Dabei war nur die Rede von engeren Wirtschaftsverbindungen, was soviel wie gar nichts heisst. Eine Freihandelszone enthält im Kern den Abbau der Zölle und Importrestriktionen für die Partner, die wiederum eigene Zollsätze gegenüber Drittländern beibehalten dürfen. Eine Zollunion wie die EU oder Mercosur vereinheitlicht die Aussenzölle.

Insofern haben sich die verantwortlichen Regierungschefs des Mercosur und der EU in Rio nur

Die Sparer im Lande sowie weltweit werden bei grenzenloser Verschuldung nicht mehr mitmachen und mangels Refinanzierungen der Fälligkeiten sowie Finanzierungen der Defizite dermassen hohe Zinssätze herbeiführen, dass nur noch eine Depression verbleibt.

Dieses Szenarium mit zunehmender Arbeitslosigkeit erschreckt sicherlich die Politiker und dürfte dazu beigetragen haben, dass sie mit dem Solvenzgesetz endlich fiskalische Vernunft zeigen, nachdem sie noch vor wenigen Monaten im Zustand des fiskalischen „delirium tremens“ schwelgten, mehr Staatsausgaben und weniger Steuereinnahmen befürworteten. Das liest sich jetzt anders.

darauf geeinigt, weiterhin Verhandlungen zu führen. Gleiches hatten sie schon gegen Ende 1995 in Madrid in einem Rahmenvertrag vereinbart, der nach dreieinhalb Jahren in eine etwa gleichlautende Verpflichtung mündete, weiter zu verhandeln. In der EU stritten sich die Partner darüber, ob die Zollverhandlungen ab 2001 oder erst 2003 beginnen sollten, wie es Frankreich und Irland vorschwebte. Schliesslich liessen sie sich überzeugen, dass 2001 eigentlich auch zu nichts verpflichtet, zumal das Endziel eines freien Handels, das 1995 in Madrid erwähnt worden war, inzwischen fallen gelassen worden ist.

Europa ist offenbar politisch nicht bereit, das umfassende Regelwerk der gemeinsamen Agrarpolitik in der EU und der zahllosen nationalen Agrarhilfen abzubauen. Das konnte man dieser Tage an Hand der deutschen Ankündigung einer massiven Ausgaben senkung im Staatshaushalt zwecks Abschaffung des Defizits in drei Jahren ablesen, als allerlei bürokratische sowie kulturelle Ausgaben geopfert wurden, aber keinerlei Agrarsubventionen, mit denen der Bund und die Länder neben der EU den Landwirten und ihren Industrielieferanten unter die Arme greifen. Deutsche Schulen im Ausland oder das Goethe-Institut geniessen freilich nicht die gleiche politische Stosskraft wie die Agrar- und Industrielobbies, die den Regierungen vorschreiben, wie sie sich zu verhalten haben.

Der Madrider Rahmenvertrag

von 1995 war, wie erinnerlich, nur zustande gekommen, weil Ende 1994 die US-Regierung von Bill Clinton mit 33 Regierungschefs Lateinamerikas, der Karibik und der NAFTA eine Freihandelszone für 2005 in Aussicht gestellt hatte. Die Verhandlungen der 34 Regierungen sind längst unterwegs, kommen aber nicht von der Stelle. Die kanadische Regierung führt jetzt den Vorsitz, den sie im November an Argentinien abgibt. Die US-Regierung ist im Kongress mit ihrem Vorschlag gescheitert, im Schnellverfahren („fast track“) mit anderen Regierungen, nicht nur des Kontinents, verhandeln zu dürfen. Das ist die Voraussetzung für die Verhandlungen mit Blick auf das Jahr 2005.

Eine Freihandelszone im amerikanischen Kontinent bedeutet im Klartext, dass die US-Lieferanten zollfrei in die anderen Länder liefern dürfen, wogegen die Konkurrenz aus Europa und Asien die Zölle bezahlen müsste und dann an Markteinfluss verliert. Gegebenenfalls können europäische Konzerne die Fabrikation von Europa auf USA verlagern und dann auch zollfrei exportieren. Damit gehen Arbeitsplätze in Europa verloren. Die Sorge um den Mercosur-Markt, der insgesamt Umsätze für angenommene US\$ 2 Bio. wert ist, trieb die EU-Regierungen zum Vorschlag, den Rahmenvertrag mit dem Merco-sur anzustreben, der sie zu nichts verpflichtete, aber unerschwerlich gleiche Zollbehandlungen wie Lieferanten aus USA in Aussicht stellte. Die EU ist Hauptlieferant des Mercosur, vor USA. Die gleiche Sorge würde US-Lieferanten beseelen, sollte der Mercosur im Alleingang einen freien Zollhandel mit der EU vereinbaren.

Für den Mercosur empfiehlt sich handelspolitisch weder ein freier Handel mit USA noch mit der EU. Beide würden gegen Drittländer, insbesondere aus Asien, diskriminieren, wo die grössten Zukunftsmärkte für den Mercosur angesiedelt sind. Deshalb drängt sich als beste Alternative die Verhandlung im Rahmen der Welthandelsorganisation auf, wo die Meistbegünstigung Vorschrift ist, so dass keinem Staat Präferenzen eingeräumt werden, die mit Diskriminierungen gegen andere Konkurrenten einher gehen.

In Rio schielten die Verhand-

lungspartner deutlich auf die kommende Welthandelsrunde, genannt Runde des Millenniums, die im kommenden November in Seattle, Washington State, USA, anlaufen soll. Bei der Gelegenheit werden sich die Vertreter aller WHO-Partner treffen, um zunächst über die Einhaltung der in der Uruguay-Runde des GATT 1994 in Marrakesch vereinbarten Verpflichtungen zu beraten. Damals verpflichteten sich die Länder, die ihre Agrarwirtschaft massiv subventionieren, den Zugang zu ihren Märkten zu erlauben sowie die Garantiepreise und die Subventionen für die Produktion und den Export um 36% abzubauen. Des weiteren soll besagte Millenniumrunde eingeläutet werden, von der es heisst, dass sie nur drei Jahre bis 2003 dauern und Agrarprodukte einschliessen soll.

Zur Vorbereitung der Besprechungen von Seattle treffen sich demnächst in Mar del Plata die Vertreter der sogenannten Cairns-Gruppe der 14 Länder, die ihre Agrarproduktion nicht subventionieren oder das nur am Rande tun, nicht wie in USA, Europa und Japan systematisch. Diese Subventionen werden von der Studienstelle OCDE in Paris über US\$ 300 Mrd. im Jahr geschätzt, davon möglicherweise die Hälfte in Geldzahlungen und die andere Hälfte kraft hoher Preise hinter Zollmauern. Die EU zahlt jährlich nahezu US\$ 50 Mrd. an Subventionen zugunsten der Landwirtschaft, die freilich nur zum Teil den Bauern zugute kommen, sofern sie nicht in andere Kanäle fliessen. Kontrollorgane der EU pflegen Korruptionsgeschäfte für etwa US\$ 4 Mrd. im Jahr festzustellen. Wo massive Subventionen zugeteilt werden, schleichen sich Korruptionsskandale ein.

EU und Mercosur werden sicherlich weiter verhandeln, ohne dass bisher die geringste Aussicht auf einen echten Abbau der Agrarsubventionen besteht, ohne den die Mercosur-Regierungen kaum bereit sein werden, die gewünschte Senkung ihrer hohen Industriezölle als Gegenleistung zu konzedieren. Genau diese Zollsenkungen haben die US- und EU-Lieferanten im Auge, wenn ihre Regierungen mit dem Mercosur verhandeln, um Präferenzen herauszuschinden, die unliebsame Konkurrenten vom Halbes halten.

Präsident Menem gab seinem Widerwillen über die unachgiebige Haltung der europäischen Regierungen in Sachen Subventionsabbau zum Ausdruck, nachdem der französische Präsident Jacques Chirac höhnisch behauptet hatte, dass Europa die Landwirtschaft keinesfalls subventioniert. Menem entschuldigte sich beim Gastgeber Präsident Cardoso und nahm nicht am Abendessen zu Ehren aller Delegierten teil. Nach der Photographie der Regierungschefs mit dem Zuckerhut als Hintergrund trat er vor-

zeitig seinen Rückflug an. In seinen Abschluss-erklärungen geistelte Menem die europäischen Agrarsubventionen, die für Argentinien von 1970 bis 1997 mit einer angenommenen Einkommenseinbusse von US\$ 250 Mrd. einher gegangen seien.

Für Menem hatte sein zweitägiger Aufenthalt in Rio offenbar nur einen unnützen Zeitverlust bedeutet. Die Gipfeltagung kostete allen Teilnehmern US\$ 25 Mio. Ein teurer und unnützer Spass für ein Gruppenbild und sonst gar nichts.

Die Zinsanhebung in USA und ihre Folgen

Seit Wochen war in Finanzkreisen der USA erwartet worden, dass das Offenmarktkomitee des US-Federal Reserve Board, kurz Fed genannt, am 30. Juni den massgebenden Zinssatz für Repogeschäfte der Banken von 4,75% auf 5,00% um ein Viertelprozent anheben würde, wie es auch geschah. Die Zweifel bezogen sich auf eine mögliche doppelte so hohe Zinshausse auf 5,25%, die nicht eintrat. Vielmehr kündigte das Fed nach der Zinsanhebung überraschenderweise an, dass keine weiteren Zinsanhebungen zu erwarten seien. Mit dieser Erklärung gewannen die Finanzmärkte die Sicherheit, dass sie in der nächsten Zukunft nicht durch neue Zinsanhebungen überrascht werden. Wie lange diese Zusicherung stabiler Fed-Zinssätze gelten soll, ist freilich eine offene Frage.

Immerhin bedeutet die Zusicherung, dass das Fed keine Furcht vor ausufernder Inflation hegt. Zinsanhebungen setzen stets Zeichen, dass eine Inflation befürchtet wird, die durch verteuerte Kredite der Banken im Keim erstickt werden soll. Diese Furcht beseelt das Fed jetzt offenbar nicht. Die Indikatoren der US-Wirtschaft sowie der relevanten Daten anderer Länder, zumal Japan und Europa, stellen keine inflationären Kräfte in Aussicht. Vielmehr wächst die US-Wirtschaft bei niedriger Arbeitslosigkeit und guter Auslastung der Produktionsstätten immer noch sehr kräftig dank unermüdlicher Produktivitätszunahmen im Rahmen einer scharfen Konkurrenz und zahlloser Innovationen, insbesondere der Informationstechnik und des Computerwesens mit E-Business.

Die Anhebung des Fed-Repo-

satzes um ein Viertel Prozent bleibt indessen nicht ohne Folgen. Dass keine weitere Anhebung bevorsteht, wurde am Finanzmarkt umgehend mit Hausen an den Börsen quittiert. Der massgebende Dow Jones-Aktienindex dürfte weiterhin steigen, nachdem er letzthin bei etwa 10.500 geschwankt hatte. Die Kurse festverzinslicher Titel holten ebenfalls auf. Die US-Wirtschaft darf weiterhin im optimistischen Umfeld schwelgen, das sie seit mehreren Jahren auszeichnet, allen anderen Wirtschaften voran, wo Arbeitslosigkeit wie in Europa oder lang andauernde Rezession wie in Japan vorherrschen. In Argentinien reagierte die Aktienbörse mit einem Kurssturz von fast 5% des Indikators Merval, wogegen Staatspapiere besser abschnitten.

Für Argentinien hat die Zinsanhebung in USA zwei möglicherweise schmerzliche Nachwirkungen. Einmal schätzte Schatzsekretär Pablo Guidotti die Zinsverteuerung bei Staatstiteln mit schwankenden Zinssätzen auf angenommene Mehrausgaben im Haushalt von rund US\$ 250 Mio. im Jahr, immer vorausgesetzt, dass die Zinsen nicht aus anderen Gründen abnehmen oder die Länderrisikoprämie schwindet, was in Hinblick auf die Unsicherheit der kommenden Präsidentschaftswahlen kaum anzunehmen ist.

Zum zweiten wird die US-Zinsanhebung die Spanne zum Reposatz der Europäischen Zentralbank entsprechend erweitern. Der Fed-Satz von 5% verdoppelt den Reposatz der EZB von 2,5%. Europäische Investoren in verzinslichen Staatspapieren werden sicherlich bei gleicher Liquidität und Solvenz der souveränen

Schuldner höhere Renditen in USA als in Europa erwarten. Das wird ebenso wie nach der Senkung des Reposatzes der EZB von 3% auf 2,5% zu vermehrten Dollarkäufen zwecks Anlage in US-Treasuries führen und in der Folge ebenso wie damals den Dollar gegenüber dem Euro weiter aufwerten. Damit wird auch der an den Dollar gekettete Peso aufgewertet, wiewohl Argentinien meistens in Dollar exportiert,

aber gelegentlich Preise wird nachlassen müssen, wogegen Euroimporte billiger werden, ebenso Zinsen und Tilgungen in Eurotiteln. Bei der obwaltenden Schwierigkeit, Exporte zu ordentlichen Preisen unterzubringen, gesellt sich eine Dollar- bzw. Pesoaufwertung gegenüber dem Euro zu den depressiven Faktoren argentinischer Exporte als Folge europäischer und nordamerikanischer Subventionen.

ARGENTINISCHE WIRTSCHAFT

Die Jahreszinssätze für Fristdepositen auf 30 Tage bei den wichtigsten Banken lagen in der Berichtswoche für Pesos zwischen 5,65% und 7% und für Dollar zwischen 4,75% und 5,5%.

Der Mervalindex fiel in der Berichtswoche zum Donnerstag um 5,1% auf 512,71, der Burcapindex um 6,4% auf 945,63 und der Börsenindex um 5,5% auf 20.089,71.

Der durchschnittliche Rindfleischpreis (kg Lebendgewicht in Liniers) fiel in der Berichtswoche um 9,3% auf \$ 0,7310.

Das private Eisenbahnunternehmen „Ferroexpreso Pampeano“, das der Techint-Gruppe gehört und den Frachtdienst von Rosario bis Bahía Blanca, über den Westen der Provinz Buenos Aires, mit Abzweigungen in den Provinzen Buenos Aires und La Pampa, betreibt, hat erreicht, dass die bikamerale Parlamentskommission einer Änderung des Konzessionsvertrages zugestimmt hat. Dadurch wird das Unternehmen von der Auflage befreit, bestimmte verpflichtete Investitionen durchzuführen, womit der Investitionsbetrag praktisch halbiert wird. Ausserdem werden die nicht gezahlten Gebühren für \$ 10 Mio. erlassen. Die Erhaltung des Schienennetzes wird von ursprünglich 5.200 km. auf 1.800 km. verringert. Die Gebühr fällt in Zukunft ganz weg, so dass nur der für das Rentensystem (ANseS) bestimmte Teil verbleibt. Das Problem der Gebühren, die die Provinzregierung für die Verwendung der Schienen für Passagierzüge zahlen muss, bleibt weiterhin ungelöst. Die Vertragsänderung wurde mit Stimmen des Justizialismus, des Radikalismus und des Frepaso angenommen. Die Erfahrung hat gezeigt, dass diese Eisenbahnstrecke keine Rentabilität aufweist, so dass die ursprünglichen Konzessionsbedingungen zu einer Aufgabe des Vertrages durch das Privatunternehmen geführt hätten.

Zwischen den Eierproduzenten (etwa 500) und den Supermärkten ist ein Krieg entbrannt, weil letztere Preise zahlen, die angeblich

nur die Hälfte der Kosten decken. Da rund drei Viertel der Produktion über Supermärkte verkauft wird, haben diese eine sehr starke Stellung, die sie gegenüber einem verzettelten Angebot ausnutzen. Die Kammer der Eierproduzenten (CAPIA) hat sich schon beim Kongress wegen Missbrauchs der dominierenden Marktposition beklagt. Sie weist darauf hin, dass die Gesetzgebung in Europa und USA dieses Verhalten verbietet.

Die Partner der Sodigasgruppe, Camuzzi Argentina, Consolidated Natural Gas Co. und Sempra Energy haben beschlossen, Bonds derselben für rd. US\$ 150 Mio. im Verhältnis zu ihren Beteiligungen aus Eigenmitteln zu bezahlen, nachdem sie den Bankkredit hierfür als kostengünstig abgelehnt haben. Die Bonds werden von ihrer Fälligkeit am 6. Juli bezahlt. Sodigas plant die Ausgabe weiterer Bonds, wenn sich die Auslandsnachfrage für Schuldscheine aus Argentinien wieder normalisiert. Camuzzi Argentina zahlt US\$ 85,5 Mio. und die beiden US-Unternehmen je US\$ 31,5 Mio.

Dragados, das 2. grösste spanische Bau- und Dienstleistungsunternehmen, gab bekannt, dass ihr städtisches Dienstleistungsunternehmen Urbaser den Zuschlag einer Konzession in der Provinz Misiones erhalten hat. Das von der Weltbank finanzierte Vorhaben, die Trinkwasserversorgung aus dem Paranáfluss von rd. 300.000 Einwohnern der Städte Posadas und Garupa, erfordert US\$ 142 Mio. Investition und soll in den 30 Jahren der Konzessionsdauer US\$ 753 Mio. umsetzen.

Unter dem Namen Presidente wurde in Salta Stadt ein 4Sternehotel eröffnet. Es hat 12 Suites, 96 Doppelzimmer und 3 Mehrzweckäle. Die US\$ 5 Mio. Investition bietet der Stadt zusätzlich 200 Betten. Der Bau wurde 1987 begonnen und aus finanziellen Gründen mehrmals unterbrochen.

Ermittlungen des Handelssekretariates zufolge sind die eigenen Markenprodukte der Supermärkte im Schnitt um 13% billiger als

herkömmliche Markenware. Bei Thunfisch in Öl in Dosen beträgt die durchschnittliche Verbilligung 35%, bei Sonnenblumenöl 26%, Gelatine 19%, Instant-Kaffee 18%, alkoholfreien Getränken 17%, Süßspeisen 16%, Yerba Mate 13%, Apfelsinensaft 11% und Kakao 9%. Nur bei Eiscreme und Brotkröseln liegen die Preise der eigenen Marken über jenen am Platz. Die Consultingfirma CCR gab bekannt, dass die Eigenmarken weltweit um die 15% Marktanteil bei den Supermärkten haben. In Argentinien liege dieser Anteil erst bei 3%.

A. Guido Servente, Vizepräsident der Börse von Buenos Aires, erklärte, Repsol würde für die YPF-Aktien über \$ 3,2 Mrd. bezahlen, wie den Unterlagen der Nationalen Wertschriftenkasse zu entnehmen sei.

Die Wirtschaftsführung hat die Militärfabrik für Schiesspulver und Sprengstoffe, die sich 30 km von Azul, in der Provinz Buenos Aires befindet, ausgeschrieben. Der Grundpreis beträgt \$ 1,5 Mio. Im Oktober 1998 wurde ein Grundpreis von \$ 2,15 Mrd. gefordert, der keine Interessenten fand.

Arbeitsminister Uriburu erklärte der Presse, das Geld für die Erhöhung der Mindestbezüge von 923.995 Rentnern, von \$ 150 auf \$ 200, wäre verfügbar. Die Erhöhung könnte ab nächstem Monat ausbezahlt werden. Laut Gesetz stünden dem ANSeS 30% aller Eingänge aus Privatisierungen zu. Von den Eingängen von rd. \$ 2 Mrd. aus dem Verkauf der YPF-Anteile und von den PCS-Lizenzen müsste das Schatzamt in den nächsten Tagen rd. \$ 600 Mio. überweisen, mit denen die Renten erhöht würden, ohne dass das Parlament ein Gesetz verabschieden müsse. Uriburu zufolge würden die Rentenerhöhungen \$ 25 Mio. im Monat beanspruchen. Mit \$ 382 Mio. könnten sie durch ein Jahr bestritten werden. Bis dahin müsse das Parlament die notwendige Gesetzgebung schaffen.

Schatzsekretär Guidotti erklärte auf Anfrage, die Eingänge aus den PCS-Lizenzen würden keine neuen Ausgaben verursachen. Wenn die Regierung Mindestrenten erhöhen will, müsse sie das mit echten, in der Zeit anhaltenden Mitteln tun. Die Eingänge aus den YPF-Aktien gehen an den Treuhänderfonds für die Entwicklung der Provinzen und bei den PCS-Lizenzen müsse noch juristisch festgestellt werden, ob die 30%-Klausel anwendbar sei, in welchen Fall das zu keinen Neuausgaben berechtige, da die Anses Defizit habe, das vom Schatzamt getragen wird. Eine zusätzliche Einnahme des Anses bringe automatisch geringere Überweisungen des Schatzamtes für den gleichen Betrag mit sich.

Das Börsenunternehmen der vorübergehend geschlossenen Banco República hat formell aufgehört zu bestehen, da die Mervalaktie, die ihren Vorsitzenden, den ehemaligen Präsidenten der Börse, J. Macchi, als Makler bevollmächtigte, für \$ 305.000 verkauft wurde. Damit schreitet die Auflösung des Finanzteiles der Repúblicagruppe weiter fort. Sie begann im Mai, als die ZB der Banco República die Bewilligung entzog und die Banco de Mendoza zusammenbrach, weswegen der angeklagte R. Moneta als flüchtig erklärt wurde.

Capcica (Cámara de Producción y Comercio Internacional de Calzado) gab bekannt, dass der argentinische Endverbraucher von Schuhwerk in den letzten 3 Jahren aufgrund der verfügbaren Schutzmassnahmen, rd. US\$ 1,9 Mrd. zu viel bezahlen musste. Seit 1995 genieße die argentinische Schuhindustrie einen Zollschutz, der weit über jenem der restlichen Industrie liege. In den \$ 1,9 Mrd. seien weder die verschiedenen Industrieförderungen für die Branche enthalten, noch die Steuerstundungen auf 10 Jahre zu 3% Jahreszinsen, noch andere Fördermassnahmen.

Am 1.7. begann die Mautverringerng für die in den Unterstützungsmassnahmen für die Landwirtschaft festgelegten Erzeugnisse. Die vom Staatssäckel getragene Subvention von 25-33% muss von den Transportunternehmen auf die Landwirte übertragen werden, was aufwendige Kontrollen erfordert. Die Massnahme läuft zu Jahresende aus. Die Mautstrassenbetreiber finanzieren sie und sollen ihr Geld von der nächsten Regierung erhalten. Auf der Liste stehen Weizen, Sorghum, Gerste, Roggen, Reis, Hafer, Sojabohnen, Sonnenblumen, Flachs, Bohnen, Baumwollsamensamen und Erdnüsse.

Das Industrie- und Handelssekretariat gab bekannt, dass die argentinischen Ausfuhren 1991/98 um 119% zulegten, die MWSt.-Rückvergütungen jedoch, US\$ 8,6 Mrd., um 500% zugenommen haben. In den ersten 5 Monaten '99 wurden \$ 875 Mio. rückerstattet, knapp 11% mehr als im gleichen Vorjahreszeitraum, obwohl die Ausfuhren im April um 13% geringer waren.

Das Justizministerium brachte im Parlament ein Vorlage über nichtgesellschaftliche Unternehmensverbindungen ein. Die vorübergehende Zusammenarbeit von Unternehmern soll künftig nicht als Gesellschaft betrachtet werden, weshalb im Konkursfall eines Teiles der andere nicht haftet. Diese vorübergehende Zusammenarbeit von Unternehmern (UTE) soll künftig nicht dem Gesetz

Stark gesunkene Steuereinnahmen

Die gesamten Einnahmen des Nationalstaates an Steuern, Zöllen, Soziallasten und Gebühren lagen im Juni mit \$ 4,18 Mrd. um 9,5% unter dem gleichen Vorjahresmonat und um 0,3% über Mai 1999. Wenn man jedoch die Einnahmen aus der Kfz-Steuer für den Lehrerfonds abzieht, dann steigt die Abnahme gegenüber dem Vorjahr auf 14%. Der Vergleich mit dem Vorjahr ist schwierig, da dieses Jahr neue Steuern bestehen (auf die Aktiven, genannt auf der vermeintlichen Mindestgewinn von Unternehmen, und auf die gezahlten Zinsen), während auf der anderen Seite der Unternehmerbeitrag zum Pensionierungssystem schon gesenkt wurde und stufenweise im Laufe des Jahres weiter verringert werden soll.

Die Nettoeinnahmen aus der MWSt. lagen mit \$ 1,6 Mrd. um 15,2% unter Juni des Vorjahres, aber um 11,3% über Mai dieses Jahres. Besonders die vom Zollamt einbehaltene MWSt. hat stark abgenommen (um 22,8%), während die direkt vom Steueramt erhobene Steuer nur um 8,5% zurückging. Aber die Rückgabe der MWSt. an Exporteure lag mit \$ 59,2 Mio., um 72,2% über dem Vorjahr, jedoch um 70,3% unter dem Vormonat. Die Gewinnsteuereinnahmen lagen mit \$ 801,4 Mio. um 20,8% unter Juni des Vorjahres und um 29,6% unter Mai. Letztere Abnahme hängt mit den Zahlungsterminen zusammen. Die Abnahme gegenüber dem Vorjahr spiegelt die stark rückläufige Konjunktur wider. Die Kfz-Steuer wird unter der Rubrik „andere Steuern“ gebucht, die im Juni \$ 343,7 Mio. registriert, was 312% mehr als im Vorjahr und 213,9% mehr als im Vormonat darstellt. Die neue Aktivensteuer ergab im Juni \$ 50,8 Mio. und die Steuer auf gezahlte Zinsen \$ 66,2 Mio. Das macht zusammen \$ 117 Mio. aus, weniger als die Abnahme bei den Unternehmerbeiträgen, die \$ 137 Mio. betrug. Die Rechnung geht somit nicht auf, und wird ab Juli, wenn die zweite geplante Senkung der Beiträge stattfindet, einen noch grösseren negativen Saldo ergeben.

für Handelsgesellschaften sondern dem Handelsgesetz unterworfen sein.

CCI (Concesiones y Construcciones de Infraestructura), das vor 2 Jahren gegründete Holding von Aragón, Hemarsa, Semaco und Servente, wird die Weltbanktochter Internationale Finanzkorperschaft (IFC) für US\$ 20 Mio. mit 8,5% beteiligen. Weitere US\$ 60 Mio. werden durch Wandelaktien aufgebracht, von denen IFC US\$ 20 Mio. und andere Investoren US\$ 40 Mio. erwerben.

Diasa (Desarrollos Industriales Automotrices) die in Berazategui die Modelle Duna und Uno in Lohnarbeit für Fiat hergestellt hat, schliesst den Betrieb, da Fiat den Vertrag am 30.6 nicht erneuert. Aus Kostengründen wird Fiat diese Pkw in ihrem Werk in Córdoba fertigen.

Der Kfz-Zulieferer der Sevelgruppe Fundiciones Corni, in El Talar de Pacheco, hat die Produktion eingestellt.

Banco de Galicia, IFC und Dresdner Kleinwort Benson haben die Erneuerung von Commercial Papers für US\$ 245 Mio. auf 3 Jahre zugesagt. Zeichner sind 25 Banken aus Europa, USA und Asien. Die Mittel sollen für die Finanzierung mittelständischer Unternehmen in Argentinien eingesetzt werden.

Das Handels- und Industriesekretariat gab bekannt, dass die Einzelangaben über argentinische Einfuhren seit 1996 im Internet unter <http://www.importar.com.ar> zur Verfügung stehen. Damit sollen mögliche Dumpinganzeigen und diesbezügliche Schutzmassnahmen erleichtert werden.

Die ZB gab die Erhöhung der Sätze für Tagesgelder („call money“) um 0,15% auf 4,90% bekannt. Grund seien die höheren Geldkosten.

Der Santa Elena Schlachthof in Entre Ríos wurde in einer Zwangsversteigerung, die kaum Interessenten fand, von der mit rd. \$ 13 Mio. Hauptgläubigerin, der Banco de la Nación, für \$ 1,1 Mio. gekauft. Sie verhinderte damit, dass die Einrichtungen verschleudert werden, was den Wert ihrer Forderungen noch mehr verringert hätte. Der Schlachthof ist die einzige Einnahmequelle des Dorfes, scheint jedoch nicht funktionsfähig zu sein.

Sika, die schweizerische Chemikalienfabrik für die Industrie und das Baugewerbe will über US\$ 12 Mio. in eine neue Fabrik in Escobar investieren. Die seit 1938 in Argentinien tätige Firma, die bereits eine Fabrik in Caseros betreibt, hat 1998 US\$ 12 Mio. investiert und über US\$ 17 Mio. umgesetzt. Sie ist in mehr als 50 Staaten tätig und sucht sich besonders in Lateinamerika und Asien

Banken müssen Klauseln ändern

Das Staatssekretariat für Industrie, Handel und Bergbau hat den Banken HSBC Roberts und Scotiabank Quilmes angeordnet, Vertragsklauseln für Kontokorrentführungen, Sparkasseneinlagen, Kredit- oder Einkaufskarten, automatische Geldschalter und andere Dienstleistungen bei denen Bankkunden von der Bank vorgedruckte Formulare unterzeichnen müssen, zu streichen oder abzuändern, da es dieselben als missbräuchlich betrachte.

Unter den als missbräuchlich eingestuft Klauseln befindet sich die Fristen für den Kunden, um Reklamationen über Kontoauszüge vorbringen zu können, desgleichen die Rechte der Banken, Inkassospesen nach eigenem Ermessen festzulegen oder zum Abschluss einer Lebensversicherung zu zwingen, um die Negativsaldi des Kunden abzudecken, ohne ihm vorher mitgeteilt zu haben, welche die Versicherungsgesellschaft sein wird, bzw. welche die Bedingungen der Police sind oder welche die daraus entstehenden Gesamtbelastungen für den Kunden sein werden.

Das Staatssekretariat stellte auch aufgrund des Konsumentenschutzgesetzes in Frage ob Banken berechtigt sein können Dienstleistungen oder Bedienungszeiten automatischer Kassenschalter vorübergehend oder endgültig zu erweitern, einzuschränken oder abzuschaffen, ohne das den Endverbrauchern das geringste Einspruchrecht zusteht.

Eine weitere in Frage gestellte Klausel bevollmächtigt die Bank, den Kunden mit Spesen für Abwicklungen in US-Dollar zu belasten, bei der der Kreditkarteninhaber der Bank das Recht einräumen muss, bei Käufen gewisser Art Sonderprovisionen zu verrechnen, ohne dem Kunden vor seinem Kaufabschluss ausreichend zu informieren.

Die Behörde beanstandete auch die Klausel, mit der der Kunde die Bank vor jedem Schadenersatzanspruch befreien muss, der sich wegen Raub, Diebstahl, Unfall, oder durch Geräte oder Leitungen entstandene Fehler, die die normale Abwicklung des telefonischen „Call Roberts“-Bankverkehrs beeinträchtigen, ergeben könnte.

auszudehnen.

Die US-Firmen AES und PSE&G (Public Service Enterprise Group) gaben bekannt, dass die Finanzierung von US\$ 448 Mio. für das 826 MW Wärmekraftwerk in Paraná, Entre Rios, gesichert ist. AES, der grösste Kraftwerkbauer der USA, mit Aktiven für US\$ 10,8 Mrd., hält bei dem Vorhaben 67%, PSE&G 33%. US\$ 60 Mio. für die Finanzierung stammen aus Eigenmitteln der Interamerikanischen Entwicklungsbank (BID), US\$ 52 Mio. von ein durch die ING Barings, der Westdeutschen Länderbank, Bank of Tokio-Mitsubishi, KBC Bank NV, Hypo-Vereinsbank und Generale gebildeten Bankengruppe, US\$ 102 Mio. von der japanischen Eximbank, alle Darlehen auf mehr als 12 Jahre. Der Rest wird mit der Ausgabe von Aktien finanziert. Der Baubeginn ist für Juli vorgesehen, die Inbetriebnahme für Juli 2001. Der Standort wurde aus Kostengründen neben dem 625 MW E-Werk der beiden Partner gewählt. AES hat in Argentinien über ihre Tochter AES Americas South bereits US\$ 900 Mio. investiert. Sie besitzt das Wärmekraftwerk San Nicolás, das Wasserkraftwerk Rio Jaramento und das Wärme- und Wasserkraftwerk San Juan. Als Stromverteiler besitzt sie Eden und Edes und 57% von Edelap.

Die Weinkellerei Peñaflor, (80% Luis A. Pulenta, 20% Donaldson,

Lufkin & Jenrette Merchant Banking) hat 60% der Kellerei Michel Torino/Bodegas La Rosa für US\$ 40 Mio. gekauft und mit der Inhabereinfamilie Lavaqué, die weiter 40% hält, die Betreiberfirma Bodegas y Viñedos Andinos gegründet. Michel Torino wurde 1892 gegründet und hat 1998 rd. 12 Mio. l Wein für US\$ 28 Mio. geliefert. Sie besitzt 3.800 ha Weinbaugelände in Cafayate, von denen 330 ha bebaut sind. Ihre Marken Don David, Michel Torino Colección, Tradicional und Selección, werden zum grossen Teil nach USA, Kanada, Deutschland, Dänemark, Holland, Norwegen, Japan, Uruguay, Bolivien, Guatemala und Mexiko verkauft.

Sevel gab an der Börse bekannt, dass ihr Hauptanteilseigner Peugeot US\$ 65 Mio. der Schuld von Sevel an Peugeot gestrichen hat. Sevel hat in diesem Jahr den Peugeot 206, den Pkw mit den meisten Auszeichnungen in Europa, und eine neue, preisgünstigere Fassung des 405 auf den Markt gebracht.

Die privaten Rentenkassen AFJP, die mit der Asienkrise mehrere negative Monatsergebnisse hinnehmen mussten, konnten nach plus 3% im Mai, im Juni ein positives Durchschnittsergebnis von 4,3% verbuchen. Während das Juliergebnis fraglich ist, werden für die darauffolgenden Monate sehr gute Ergebnisse erwartet.

Das Industrie- und Handelsse-

Die Hilton-Quote

Das Landwirtschaftssekretariat hat die Verteilung der Hiltonquote von hochwertigen Rindfleischschnitten für den Export im Zeitraum Juli 1999/Juli 2000 bekanntgegeben. Es wurde eine feste Verteilung an alle Schlachthöfe von den 28.000 Tonnen für etwa US\$ 220 Mio., die die EU in Argentinien kauft, gesucht.

Carlos Caserio, Unterstaatssekretär für Ernährung und Märkte, erklärte, man würde eine gleichmässige Höchstgrenze von 200 Tonnen der Hiltonquote für alle Schlachthäuser vorsehen, die in den letzten 3 Jahren den festen Willen bewiesen hätten, dritte Märkte zu beliefern.

Die neue Verteilungsmethode behalte die Grundlagen der bisherigen bei, bringe jedoch auch einige zusätzliche ein, um die Exportbemühungen der Schlachthöfe zu belohnen und die Eröffnung von Schlachthöfen im Landesinneren anzuregen.

Für die Berechnung der Mengen werde man jedoch von jenen der reinen Hiltonquote abgehen, wie sie 1992 eingeführt wurden. Die Gesamtausfuhren der letzten 3 Jahre sollen zur Grundlage für die Mengen in den jeweiligen Zuteilungsperioden genommen werden. Die Hiltonquote sei eine Prämie und könne nicht als einzige Grundlage genommen werden, mit der die Begünstigten immer weitere Vorteile anhäufen können. Es sei wichtig, jene Schlachthöfe zu belohnen, die den Konkurrenzkampf auf dritten Märkten aufgenommen haben.

Auch die Reserve von 1.000 t für neueröffnete Schlachthöfe wurde abgeschafft. Der neue Beschluss verfügt auch, dass 3% der Hiltonquote für jene Schlachthöfe bestimmt wird, die sich besonders bemühen, einen höheren Mehrwert auszuführen, wie zum Beispiel wärmebehandelte Fleischsorten.

Eine ähnliche Menge, rund 900 Tonnen, sind für die Förderung der Dezentralisierung der Industrie bestimmt, die schwerpunktmässig um Buenos Aires und Santa Fe angesiedelt wurde, um die Nähe der Hafenanlagen zu nutzen. Die erwähnte Menge sei jenen Provinzen vorbehalten, die weniger als sieben Schlachthöfe haben.

Das Sekretariat hat die vorbeugende Einstellung der gedruckten oder gefunkteten Werbung für Abmagerungsmittel verfügt. Es geht um die Erzeugnisse Siluet 40, Premier Reduce Fat Fast und Allier 40 Plus, die mutmasslich gegen die Bestimmungen über irreführende Werbung verstossen.

Die US-Hotelgruppe Howard Johnson prüft die Errichtung eines Hotels auf den Malwineninseln. Urheber des Planes soll ihr derzeitiger Direktor für Argentinien, der ehemalige Abgeordnete Albamonte, sein. Howard Johnson hat kürzlich ein Hotel im Stadtteil Once eröffnet und baut weitere 9 in verschiedenen Ortschaften Argentinien.

Die Gesetzgebende Körperschaft der Stadt Buenos Aires hat die Schaffung einer einzigen Überwachungsbehörde für öffentliche Dienstleistungen beschlossen. Sie wird mächtiger als die staatlichen Behörden dieser Art sein, da gegen ihre Verfügungen nur bei Gericht Einspruch erhoben werden kann. Die Stadtbewohner können sich in rd. 120 Tagen an die Behörde mit Beschwerden wenden, über die Fahrgastbeförderung in Bussen, U-Bahnen, Remiswagen und Taxis, Zustand von Strassen und Gehsteigen, Beleuchtung, Verkehrsampeln, Parkplätze, Mautstrassen, Abfall und Müll, Kabelleitungen, Gas, Strom und Wasser,

Das US-Unternehmen Nabisco,

das die hiesige Terrabusi erworben hat, hat beschlossen 4 der 6 Fabriken zu schliessen und die Erzeugung von Royal nach Brasilien zu verlegen. Die Werke in Garin und Pilar werden geschlossen und die Produktion in das Werk in General Pacheco verlagert. Das Werk in Tres Arroyos bleibt in Betrieb. Munro wird geschlossen und Constitución hat den Betrieb bereits eingestellt.

Rd. 2 Drittel des Verkaufserlöses der YPF-Aktien in Privathänden wurden in Banken als Spareinlagen, Fristdepositen oder Bar einlagen hinterlegt. Für rd. 20% wurden Wertpapiere gekauft und für nur 5% bis 10% werden Aktien gehalten, wie in Börsenkreisen bekannt wurde..

Die Macriguppr hat ihre Restbeteiligung bei Sevel an Peugeot für US\$ 2,3 Mio. verkauft. Dazu kommt ein noch zu berechnender Betrag, der auf US\$ 16 Mio. geschätzt wird.

Der neue YPF-Vorstand unter Alfonso Cortina hatte seine 1. Sitzung. Die 12 Vorgänger desselben reichten ihre Rücktritte ein, von denen einige nicht angenommen werden. Bestätigt ist der derzeitige Vorsitzende Monti und der Vertreter des argentinischen Staates der weiter eine goldene Aktie hält, Juan Carlos Crespi. Die scheidenden Vorsitzenden erhalten als Abfertigung 40 Monatsgehälter und eine Aktienbeteiligung im Verhältnis zu ihrer Position und

Dauer der Betriebszugehörigkeit. Generaldirektor Monti bezieht bis Dezember 2000 weiter sein Gehalt von rd. US\$ 120.000 im Monat, plus einen vertraglich festgelegten Festbetrag von US\$ 4 Mio., was zusammen mit seiner Aktienbeteiligung etwa US\$ 6 Mio. ausmacht.

Vom Februar bis zum Juni '99 gab es 568 Vergleichsverfahren, um 15,7% mehr als im gleichen Vorjahreszeitraum. Im Juni waren es 112, um 10% weniger als im Vormonat und um 11,2% weniger als im gleichen Vorjahresmonat. In den gleichen 5 Monaten gab es 573 Konkurse, um 9% weniger als im gleichen Vorjahreszeitraum. Im Juni waren es 119, um 15,5% mehr als im Vormonat und gleich dem selben Vorjahresmonat.

Die Zahl der gesperrten Bankkonten nahm im Juni erneut zu, wie Fidelitas mitteilte. Es waren 6.990 (davon 6.389 Personal- und 601 Firmenkonten), um 8,24% mehr als im Vorjahresjuni. Im 1. Halbjahr '99 sind es 45.287, um 28,06% mehr als im gleichen Vorjahreszeitraum. 73,3% der Kontosperrungen wurden wegen ungedeckter Schecks verfügt.

Der Senat hat mit den Stimmen der Regierungsfraktion die 21%ige MWSt. für die privaten Krankenkassen endgültig bestätigt.

Die BICE (Banco de Inversión y Comercio Exterior) hat mit der Banco de Galicia ein Abkommen über die Finanzierung argentinischer Ausfuhren nach Brasilien unterzeichnet. Die Banco de Galicia wickelt die von der BICE zu günstigen Bedingungen gebotenen Kredite für verarbeitete landwirtschaftliche und Industrieprodukte ab, die von Argentinien nach Brasilien geliefert werden.

Die Beanspruchung der öffentlichen Dienstleistungen nahm im Mai im Vorjahresvergleich um 6,7%, in den ersten 5 Monaten um 7,8% zu. Die Vorstadteisenbahnen verzeichneten allerdings einen Rückgang von 18%, Busse um 0,3% und

Binnenflüge um 0,4%. Die Mautgebühren gingen um 6,7% zurück.

CMS Energy, USA, gab bekannt, dass die Behörde Enargas den Beginn der Lieferungen über die Erdgasleitung Gasoducto Atacama, von Cornejo, in der argentinischen Provinz Salta, an den chilenischen Hafen Mejillones, bewilligt hat. Die Legung der Leitung, in Partnerschaft zu gleichen Teilen mit der chilenischen Endesa begann 1995. Beide Unternehmen betreiben auch das Wärmekraftwerk in Mejillones, dessen 1. Etappe, 370 MW, fertiggestellt ist. Die 530 km lange Leitung hat US\$ 600 Mio. gekostet und kann 8,5 Mio. cbm pro Tag befördern. CMS und Endesa sind auch Partner bei der Betreibung des Wasserkraftwerkes El Chocón.

Die privaten Rentenkassen AFJP begehen ihr 5. Jubiläum mit einer jährlichen Gesamtrendite von 12,5%. Das ist doppelt soviel, als die AFJP für 30jährige Einlagen vorausgesagt hatten. Seit ihrer Gründung hat sich auch die Zahl ihrer Mitglieder verdoppelt. Von 3,8 Mio. zum April 1999 über. Die Fonds nahmen von \$ 1,36 Mio. am 30.6.95 auf \$ 13,72 Mrd., 4,2% des BIP, im April, zu. Ihr grösstes Problem ist die Hinterrückziehung, die mit 52% beziffert wird.

Der internationale Post- und Paketdienst DHL Worldwide Express hat von R. Giacchino, der seit 17 Jahren ihr Lizenzträger in Argentinien ist, die Lizenz rückgekauft und will hier in den nächsten 18 Monaten US\$ 10 Mio. investieren. DHL will eine Zentrale in Ezeiza schaffen, Flugzeuge im Kundendienst einsetzen, Spitzentechnologien einführen und eine grössere Flächendeckung im Land erreichen. DHL wurde von 30 Jahren in San Francisco gegründet und bedient heute mehr als 80.000 Ortschaften in 225 Staaten mit Tür-zu-Tür Diensten.

Scotiabank Quilmes hat der New York Life International ihre 7,11%ige Beteiligung an der privaten Rentenkasse Máxima AFJP für US\$ 39,8 Mio. verkauft. Die Bank hat sich auch bereit erklärt, dem Käufer die Beteiligungen von 9,88% die sie bei La Buenos Aires New York Life, Seguros de Vida und Seguros de Retiro halt, innerhalb von höchstens 4 Jahren zu verkaufen.

Die Entscheidung der CNCE (Comisión Nacional de Comercio Exterior) über die Dumpingklage der argentinischen Zanon gegen Cerámicas San Lorenzo, die der belgisch-chilenischen Etex-Pizarreño-Gruppe gehört, könnte innerhalb von 2 Monaten gefällt werden. Zanon beschuldigte San Lorenzo, Erzeugnisse aus dem als porcelanato bekannten Werkstoff, einer Spezialkeramik die so hart wie Porzellan sein soll, hier billiger als in USA, Chile und Brasilien zu vermarkten. Der Preis in Italien betrage US\$ 10,02 pro qm und wird hier um US\$ 10,05 verkauft, wobei San Lorenzo US\$ 3,21 pro qm durch Frachten, Versicherungen usw. einbüsse, seinen Marktanteil jedoch steigere. Der Markt für porcelanato sei 1998 um 43% gestiegen, die argentinische Fertigung um 8% zurückgegangen, obwohl der Preis um rd. 30% zurückging. Trotz Einbringung der Beschwerde werde weiter importiert.

Die PJ-Fraktion hat im Abgeordnetenhaus eine Vorlage eingebracht um das Gesetz über mut-

massliche Mindestgewinne derart abzuändern, das kleine und mittlere Landwirte Erleichterungen erhalten. Die Steuer beträgt 1% des Kapitals, wobei bei der Bewertung der Ländereien ein Abschlag von 25% vorgesehen ist. Dieser Abschlag soll nun mindestens \$ 200.000 betragen.

Die US-Firma Comsat hat den Lizenzvertrag für In- und Auslands-Ferngespräche ab 8.11.2000 unterzeichnet, in den nächsten Tagen sollen die beiden anderen per Dekret 264/98 ermächtigten Unternehmen, Impsat und Keytech, unterzeichnen. Comsat, die bereits Daten- und andere Übertragungen, wie Internet, für 500 Unternehmen betreibt, bietet für dünn besiedelte Gebiete Satellitenübertragungen.

Arcor hat ihre Werkshallen im Stadtteil Barracas, das früher die Schokoladenfabrik Aguila Sañt beherbergt hat, an Home Depot, die Material, Geräte und Werkzeuge für das Bauwesen, Bastler und den Haushalt wie ein Supermarkt anbietet, verkauft. Die US-Firma Home Depot ist weltweit die grösste ihrer Art, setzt US\$ 20 Mrd. im Jahr um und hat alleine in USA 679 Verkaufsstellen.

Die Wirtschaftsführung hat die Eurobondaufgabe zum 1.7.04 um E 200 Mio. erhöht. Die Jahreszinsen betragen 8,5%, die Rendite 8,78%. Um die notwendige Finanzierung für 1999 abzuschliessen, müssen noch US\$ 3 Mrd. aufgenommen werden.

Entwicklung der Währungsreserven der Zentralbank

(in Milliarden Pesos)

	10.5.99	17.5.99	27.5.99	31.5.99	7.6.99	17.6.99	18.6.99	28.6.99
Gold, Devisen u. Anlagen	24,71	24,59	24,40	23,57	23,82	23,57	23,51	24,07
Staatspapiere	1,73	1,70	1,65	1,65	1,66	1,65	1,67	1,56
Internat. Reserven ZB	26,43	26,30	26,05	25,22	25,48	25,22	25,18	25,63
Liquiditäts-Rückstellungen (Com. A. 2350)	6,50	6,99	6,59	6,66	6,63	6,73	6,83	7,12
Währungsreserven des Finanzsystems	32,93	33,29	32,64	31,88	32,10	31,95	32,00	32,75
Notenumlauf	14,92	14,48	14,22	14,16	14,75	14,53	14,17	13,89
Bankdep. in Dollar bei ZB	0,12	0,14	0,04	0,06	0,12	0,18	0,15	0,03
Monetäre Passiven	15,04	14,63	14,26	14,22	14,87	14,70	14,32	13,92
Nettosaldo Swaps	9,71	9,98	10,37	9,58	9,21	9,16	9,46	10,32
Depositen der Regierung	0,24	0,67	0,44	1,17	0,47	0,68	1,06	1,23
Finanzpassiven	23,39	24,75	24,61	24,63	23,81	24,08	23,78	24,24

Quelle: Zentralbank

Konkurse und Vergleichsverfahren

(in Pesos)

	1997	1998
Juli	16.807.538	22.915.851
Aug.	32.963.468	37.593.175
Sep.	30.119.536	37.996.155
Okt.	49.164.356	85.852.765
Nov.	20.748.776	96.961.488
Dez.	38.371.827	41.960.030
	1998	1999
Feb.	21.525.670	26.357.337
März	83.737.695	65.728.180
Apr.	207.403.411	121.580.546
Mai	52.516.568	179.126.403
Juni	107.698.425	41.909.811